

WASSER

Alpenwasser:
Was passiert, wenn es künftig
weniger wird? **4**

Brauchwasser:
Wie sich Trinkwasser im grossen
Stil einsparen lässt **7**

Kläranlagen:
Warum sie heute vor neuen
Herausforderungen stehen **10**

Magazin für Geld und Geist

moneta

online
moneta.ch

#3 2025



Saubere Sache



- 4** Die Schweiz und «ihr» Alpenwasser
- 7** Es muss nicht immer Trinkwasser sein
- 8** 95 400 Kilometer Wasserleitungen
- 10** Kläranlagen – eine Erfolgsgeschichte?
- 12** Wasser als Ware, Wasser als Gemeingut

EXKLUSIV AUF MONETA.CH

Schwammstädte – liegt da nicht mehr drin?
moneta.ch/schwammstadt

Die Schweiz spricht von Trockenheit, die EU von Dürre
moneta.ch/trockenheitsmonitor

DIE SEITEN DER ABS

- 14** Alles rund um die aktuellen Themen der Alternativen Bank Schweiz

PERSÖNLICH

- 24** Konrad Langhart: «Ich merkte, dass nicht mehr alles stimmte»

moneta #3-2025
 Magazin für Geld und Geist

moneta erscheint dreimal jährlich in deutscher und französischer Sprache und geht kostenlos an Kundinnen und Kunden der Alternativen Bank Schweiz AG (ABS). Die Wiedergabe von Texten und eigenen Illustrationen ist nur unter Quellenangabe und mit schriftlicher Zustimmung der Redaktion erlaubt.

Herausgeberin Alternative Bank Schweiz AG
Redaktionsleitung Katharina Wehrli (kw) und Simon Rindlisbacher (sr)

Redaktion Esther Banz (eb), Roland Fischer (rf), Scarlett Palmeri (sp), Dominique Roten (dr), Katrin Wohlwend (kwo), Julia Barriga (jb)

Online-Redaktion Scarlett Palmeri
Inserate Bruno Bisang, Luzia Küng

Layout Clerici Partner Design, Winterthur
Illustrationen Claudine Etter

Druck Ropress Genossenschaft, Zürich

Papier RecyStar Nature, 100 Prozent Recycling

Adresse Alternative Bank Schweiz AG, moneta, Amthausquai 21, Postfach, 4601 Olten, Telefon 062 206 1616, moneta@abs.ch

Auflage dieser Ausgabe 21 300 Ex.

Beilagen Werbung und Beilagen, die nicht von der ABS stammen, sind bezahlte Inserate – diese Einnahmen helfen uns, die Produktionskosten des Magazins zu decken.

Wichtiger Hinweis zu den Inseraten und Beilagen Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

Wenn Sie als Bankkundin/-kunde umziehen, melden Sie uns Ihre neue Adresse bitte via E-Banking-System oder telefonisch.

Online-Magazin: Alle Schwerpunktartikel von moneta erscheinen auch online unter moneta.ch.

Seen und Flüsse in der Schweiz sind so sauber, dass man fast überall darin baden kann – auch mitten in den Städten. Das sorgt international immer wieder für Staunen. So berichtete «CNN Travel» diesen Sommer, dass manche Menschen in Bern und Basel sogar zur Arbeit schwimmen würden. «Im Sommer tauschen einige Einheimische das Auto gegen den Badeanzug», sagt die Moderatorin in ihrem Videobeitrag über das Flusschwimmen in der Schweiz. Dieser zeigt auch, wie Schwimmende in der Aare ihre Kleider und Wertsachen in wasserdichten Bags mitnehmen, um sie trocken ans Ziel respektive an ihren Arbeitsort zu bringen.

Auch wenn wohl die wenigsten hierzulande ihren Arbeitsweg schwimmend zurücklegen, ist es für viele alltäglich, sich an heißen Sommertagen in einem Frei-, Fluss- oder Seebad abzukühlen. Das war aber nicht immer so. Bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gelangten hierzulande Abwässer von Haushalten und Industrie ungeklärt in die Bäche, Flüsse und Seen. Entsprechend waren diese so verschmutzt, dass das Baden mancherorts als gesundheitsschädigend galt oder sogar verboten war.

Dass dies heute ganz anders ist, verdanken wir einer eindrücklichen staatlichen Leistung. Wie Roland Fischer in seinem Artikel über die Geschichte der Kläranlagen in der Schweiz aufzeigt, investierten Bund, Kantone und Gemeinden ab den 1970er-Jahren Milliarden von Franken in ein dichtes Netz von Kläranlagen, damit Abwasser (fast) überall geklärt werden konnten. Das kommt bis heute allen Menschen in der Schweiz zugute. Dieses beherzte und konsequente staatliche Vorgehen kann uns heute ein Vorbild sein für den anstehenden Umbau der Energiesysteme. Denn was im 20. Jahrhundert der Gewässerschutz war, ist heute der Klimaschutz. So wie man damals überall im Land mit staatlicher Unterstützung Kläranlagen baute, so braucht es heute umfassende Investitionen in die Energieinfrastruktur, um sie auf erneuerbare Ressourcen auszurichten: weg von den Fossilen und der Atomkraft, hin zu Photovoltaik und Windenergie – damit spätestens 2050 allen Menschen in der Schweiz saubere und sichere Energie für Wohnen, Arbeiten und Mobilität zur Verfügung steht.

Dies aber nur nebenbei. Denn in dieser moneta geht es nicht oder nur am Rande um Energie. Stattdessen dreht sich alles ums Wasser: woher es kommt, wohin es geht, wie die Klimaerwärmung den Wasserhaushalt verändert, aber auch wie wir Wasser verteilen, brauchen, sparen und reinigen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung in eigner Sache: Unser Magazin bekommt einen neuen Erscheinungsrhythmus: Ab sofort wird moneta nur noch drei- anstatt viermal pro Jahr erscheinen. Weitere Informationen zu dieser Änderung finden Sie auf nebenstehender Seite.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Inspiration mit unserer Ausgabe rund ums Thema Wasser, herzlich,

Katharina Wehrli, Co-Chefredaktorin moneta

moneta



Verpassen Sie keine Ausgabe und abonnieren Sie den moneta-Newsletter unter moneta.ch/newsletter-anmeldung

Bäume für Lebensqualität (1): Kleinste Baumführung der Welt

Beim Escher-Wyss-Platz in Zürich kühlen fünf grosse Platanen ihre direkte Umgebung wirkungsvoll ab. Wie genau die Bäume zu einem angenehmeren Stadtklima beitragen, zeigt derzeit die «kleinste Baumführung der Welt». Sie startet bei der grossen Platane auf dem Schiffbauplatz und führt in 45 Minuten zu zwei weiteren Stationen. Über die Smartphone-App «Züri begrünt» steht ein Audioguide auf Schweizerdeutsch zur Verfügung. Wer die Führung lieber ohne Smartphone macht, findet an allen Stationen Plakate mit den wichtigsten Informationen. (sr)

– zuericoldown.ch

Autobahnausbau? Aktionstage!

Die offizielle Erzählung des Bundesamtes für Strassen (Astra) liest sich gut: optimierter Lärmschutz, Wildtiervernetzung, mehr Umweltschutz. Im Zentrum der Bauarbeiten an der A1 zwischen Luterbach und Härringen bei Solothurn steht aber die Erweiterung von vier auf sechs Fahrspuren. Dabei wird auch Wald gerodet. Der Ausbau hat im Mai begonnen, er war bereits bewilligt, als sich die Schweizer Stimmbevölkerung im November 2024 gegen weitere Autobahnausbauten entschied. Für den 26. und 27. September ruft der Klimastreik zu Aktionstagen auf. (eb)

– climatestrike.ch/posts/highway-to-hell

Nachhaltig streamen

Streaming verursacht Schätzungen zufolge mindestens 50 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr. Das entspricht einem grossen Anteil der Emissionen der digitalen Welt und ist rund 10 Millionen Tonnen mehr als die gesamten direkten CO₂-Emissionen der Schweiz im selben Zeitraum. Wer das Klima schonen und seine Streaming-Emissionen senken möchte, kann unter anderem Folgendes tun: ein energieeffizientes Endgerät nutzen, Videos in niedrigerer Auflösung streamen und dafür den Glasfaseranschluss statt das Mobilfunknetz verwenden – sowie den Medienkonsum generell verlangsamen: weniger «bingen», dafür gezielter schauen. (sr)

– reset.org/co2-riese-streaming-wir-muessen-wieder-mehr-ueber-netflix-prime-and-co-reden

Solidarische Klimapolitik

Die Frage, ob der Klimakollaps noch abzuwenden ist oder nicht, wird in der Klimabewegung kontrovers diskutiert. Worauf sich alle einigen können: Der Finanzierung fossiler Brennstoffe muss ein Riegel geschoben werden. Vor zwei Jahren trafen sich in Basel Fachleute aus Klima- und Umweltschutz sowie Finanzen, dabei entstand das Basler Manifest. Und ein neues internationales Netzwerk, zusammen mit Indigenen: End Fossil Finance. Eine der zentralen Forderungen ist Klimagerechtigkeit – wie sie auch die Finanzplatzinitiative verlangt. (eb)

Bäume für Lebensqualität (2): Bäume richtig anordnen

In Quartieren mit grossen, zusammenhängenden und gut vernetzten Baumflächen ist das Sterblichkeitsrisiko kleiner als in solchen mit kleinen und zerstückelten Flächen. Zudem sollen einfach geformte Baumflächen – etwa Kreise oder Rechtecke – einen positiveren Effekt auf die Gesundheit haben als unregelmässig geformte. Beides zeigt eine schweizweite Langzeitstudie, deren Ergebnisse mit ähnlichen Studien aus Philadelphia, Teheran und Taipeh übereinstimmen. Die genauen Gründe für diese Zusammenhänge müssen allerdings noch erforscht werden. (sr)

– ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2025/03/baeume-richtig-anordnen-ein-gesundheitsfaktor.html

Innovative Bäuerinnen und Bauern



Im neu erschienenen Buch «Das Radiesli stimmt mich zuversichtlich» stellen die Journalistin Nicole Egloff und die Fotografin Raphaela Graf zwölf Bauernbetriebe in der Schweiz vor, die sich mit unterschiedlichen Konzepten an die sich verändernden klimatischen Bedingungen anpassen, schonend und innovativ. Ein Fokus ist dabei das Wasser – und andere Knappheiten. (eb)

– rotpunktverlag.ch/buecher/das-radiesli-stimmt-mich-zuversichtlich

In eigener Sache

Von vier auf drei Ausgaben

moneta ist bei der Kundschaft der Alternativen Bank Schweiz (ABS) beliebt. Insbesondere die behandelten Themen werden sehr geschätzt. Das hat eine repräsentative Umfrage bei 1126 Personen aus der Deutschschweiz und der Romandie Anfang dieses Jahres ergeben. Aber: Ein grosser Teil der moneta-Leserinnen und -Leser findet, dass es nicht vier Ausgaben pro Jahr braucht. Das Team der ABS hat daher entschieden, diesem Umstand Rechnung zu tragen und die moneta ab diesem Jahr drei, statt vier Mal pro Jahr herauszugeben. Das gibt noch immer genügend Raum, um wichtige Themen rund um die soziale und ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft aufzuarbeiten. Gleichzeitig landet so vielleicht die eine oder andere Ausgabe weniger ungelesen im Altpapier. Was bleibt, ist, dass die moneta sowohl gedruckt als auch online auf moneta.ch sowie via Newsletter erscheint. Denn auch das hat die Umfrage gezeigt: Es sind nach wie vor alle diese Erscheinungsformen gefragt. Da die Anpassung auf drei Ausgaben bereits in diesem Jahr erfolgt, halten Sie somit die letzte Ausgabe 2025 in den Händen. Wir danken Ihnen für Ihre Treue als Leserin und Leser von moneta. (jb)



moneta wird von der Alternativen Bank Schweiz (ABS) herausgegeben und von einer unabhängigen Redaktion betreut. Die Beiträge geben nicht notwendigerweise die Haltung der ABS wieder, ausser auf den «Seiten der ABS» oder in speziell markierten Kommentaren.

Die Schweiz und «ihr» Alpenwasser

Über hundert Millionen Menschen in europäischen Ländern sind auf das Wasser, das aus den Alpen abfliest, angewiesen. Weil die Gletscher schwinden, die Wetterextreme zunehmen und Alpenländer wie die Schweiz mehr und mehr Wasser für die Energieproduktion speichern wollen, wird es zunehmend zu saisonalen Knappheiten kommen. Das birgt Konfliktpotenzial, auch international. Text: Esther Banz

Es ist der 27. Juni dieses Jahres, und der Alpenrhein führt so wenig Wasser wie nie zuvor an einem 27. Juni in den letzten 35 Jahren. 216 Kubikmeter pro Sekunde sind es. Sogar im sehr trockenen 2022 konnte das Bundesamt für Umwelt (Bafu) eine leicht höhere Abflussmenge messen.

Im liechtensteinischen Schaan, das am Rhein liegt, treffen sich an jenem Tag Fachleute aus der Wissenschaft und von verschiedenen NGOs zu einer Tagung der Internationalen Alpenschutzkommission Cipra. Die Dachorganisation wacht darüber, dass die seit 1991 geltende Alpenkonvention, ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Alpenstaaten und der EU, auch wirklich eingehalten wird.

Wasserknappheit durch Gletscherschwund

Die Tagung ist dem Wasser gewidmet, genauer, dem Süßwasser aus den Bergen, das künftig saisonal knapp wird. Johannes Cullmann, Wasserexperte bei der Uno und der deutschen Bundesanstalt für Gewässerkunde, macht die Anwesenden mit dem Begriff «Peak Water» vertraut: Bergbäche führen durch die Gletscherschmelze mehr Wasser, bis es kippt und zunehmend weniger Wasser bergabwärts fliesst, dauerhaft. Grund dafür ist der Gletscherschwund, den der vom Menschen verursachte Klimawandel beschleunigt. In den wärmer werdenden Wintern fällt der Niederschlag vermehrt als Regen und nicht mehr als Schnee, der die Gletscher isolierend schützt. Forschende haben ausgerechnet, dass in den Alpen «Peak Water» bei den meisten Gletschern bereits erreicht ist oder es bald so weit sein wird. Wenn jetzt im heißen, trockenen Hochsommer noch viel Wasser den Berg hinunterfliesst, ist das also kein gutes Zeichen, denn es war soeben noch vermeintlich «ewiges» Eis. Einmal geschmolzen, ist es weg, buchstäblich den Bach runter.

Gletscher und Schnee sind Wasserspeicher. Verschwinden sie, liegen im Sommer Suonen und andere Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft trocken. Gletscher speisen auch die Seen, aus denen wir – zum Beispiel in Zürich – Trinkwasser entnehmen. Außerdem ist der Gütertransport auf dem Rhein vom Wasser aus den Alpen abhängig. Und dann ist da noch die Wasserkraft. Schweizer Energieunternehmen behalten in ihren Stauseen Sommerwasser für die Stromproduktion im Winter zurück. Mit dem forcierten Ausbau der Speicher- und Pumpspeicherkapazitäten werden das künftig noch grössere Mengen sein.

Wachsendes Konfliktpotenzial

In Zukunft wird das Wasser unbeständiger fliessen, manchmal in kurzer Zeit sehr viel, dann für lange Zeit nur ganz wenig. Dieses Wasser gilt es auch bei zunehmenden Knappheiten mit den zig Millionen Menschen zu teilen, die flussabwärts davon abhängig sind, in Frankreich, Italien, Deutschland, den Niederlanden, Österreich und bis nach Osteuropa. Die Unesco schreibt in einem aktuellen Bericht zur weltweiten Bedeutung des Wassers von alpinen Gletschern, sie seien entscheidend «für die Deckung grundlegender menschlicher Bedürfnisse wie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und unerlässlich für die Gewährleistung der Nahrungsmittel- und Energieversicherheit für Milliarden von Menschen, die in und um Bergregionen und flussabwärts gelegenen Gebieten leben». Dass Wasserknappheit zu Nutzungskonflikten führen kann, im Inland, aber auch mit den Nachbarländern, erkannte und formulierte der Bundesrat 2021 in einem Bericht zur Wasserversorgungssicherheit. Da steht: «Vor allem im Sommer und Herbst dürften die ins Ausland abfliessenden Wassermengen zurückgehen. In diesen Monaten ist bei den südlichen Unterliegern Frankreich und Italien die Wassernachfrage für die Bewässerung am grössten; gleichzeitig benötigt die Schweiz Wasser für ihre Speicherkraftwerke. Verbunden mit den Auswirkungen des Klimawandels, bedeutet dies ein wachsendes Konfliktpotenzial.» Weiter ging er nicht darauf ein. Aber manchmal geht es schnell.

Schon im Sommer darauf wurde die Prognose Realität. Bilder von ausgetrockneten Seen und Flussbetten schockierten das Land, der Bund schrieb danach rückblickend von aus dem Lot geratenen Wassersystemen und grosser Wasserknappheit, Fischsterben, eingeschränkter Schifffahrt und Wasserkraftproduktion. Zu Konflikten mit flussabwärts liegenden Nachbarländern sagte er nichts. Dafür konnte man in den Zeitungen lesen, dass die Schweiz nicht bereit war, der nach Wasser dürstenden Lombardei entgegenzukommen. Von dort waren Hilferufe an die Schweiz gelangt, man möge doch bitte durch Ablassen von Wasser aus Bergstauseen den Pegel des Lago Maggiore erhöhen, damit der Abfluss des Ticino in Italien mehr Wasser führen könnte – denn das wäre nötig gewesen, um Ernten zu retten. Aber hierzulande gab es warnende Stimmen aus Wissenschaft und Politik, dass die Pegel der Tessiner Stauseen ebenfalls rekordtief seien. Man sorgte sich auch um die Folgen für die Stromproduktion im Winter.

Seite 6 >>>



«Es braucht echten europäischen Gemeinschaftssinn»

Wird es zu Wasserkonflikten zwischen der Schweiz und flussabwärts liegenden Ländern kommen? Kaspar Schuler, Geschäftsführer der Cipra, ordnet ein. Interview: Esther Banz

moneta: Die Regierungen der Alpenländer sind sich des Konfliktpotenzials aufgrund künftiger Wasserknappheiten bewusst, das bestätigt die Erklärung der Alpenkonferenz zur Wasserwirtschaft von 2020. Was ist seither passiert?

Kaspar Schuler Zu wenig, von dem wir wissen. Mit der gemeinsamen Deklaration haben sich die acht Alpenstaaten und die EU zu einer fairen, rechtsstaatlichen, demokratisch geführten Kooperation unter Einbezug der Zivilgesellschaft verpflichtet. Das muss jetzt intensiver angegangen werden, über die bestehenden Foren hinaus.

Wen und was gilt es einzubeziehen?

Die grenzüberschreitende Kooperation muss die gesamte Wasserbewirtschaftung in den alpinen Einzugsgebieten umfassen, inklusive der strittigen Frage der Umlagerung von immer mehr Sommerwasser in den Winter, was vorab der Schweiz und Österreich nützt, weil sie mit mehr Stauseebauten die Winterstrom- und Kunstschneeproduktion und die eigene Vorratshaltung zulasten anderer erhöhen.

Noch hat es viel Wasser. Reicht das denn nicht für alle Bedürfnisse?

Die Schweiz hat als Alpenland nicht nur Gletscherwasser aus den Alpen – hier regnet es dank den Bergen auch stärker ab. Flussabwärts fehlt in trockenen Sommern bereits jetzt Wasser zum Trinken, für die Landwirtschaft und die Grundwasserspeisung. Und das wird noch viel gravierender werden. Die Politik ist in der Verantwortung, vorausschauend zu handeln.

Worum geht es genau?

Die Frage wird sein, wie viel Wasser die Schweiz – insbesondere für ihre Energiewirtschaft – zurückbehält, wenn das Wasser gleichzeitig nicht mehr so zuverlässig zur Verfügung steht. Die freiwillige Zusammenarbeit muss also verbessert werden, es braucht mehr grenzüberschreitende Dialoge und Foren zu Flüssen. Wir von der Cipra sind besorgt, insbesondere auch wegen des geplanten Ausbaus der Wasserkraftwerke in der Schweiz und in Österreich. Ökologisch so tief einzugreifen, widerspricht dem Gebot der Stunde, das Wasser grenzüberschreitend zu managen.

Denken Sie, dass es in Europa dereinst zu Wasserkriegen kommen könnte?

Nicht zu militärischen. Aber wir müssen uns wegen der vorhersehbaren dramatischen Wasserknappheiten auf neue, geografisch viel umfassendere Konflikte einstellen. Wir haben sogenannte Oberliegerländer wie die Schweiz und Österreich, und wir haben Unterliegerländer wie Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande. Erstere haben nicht nur auf die Wasserqualität Einfluss, sondern auch auf dessen Verfügbarkeit. Das ist nicht trivial. Es braucht echten europäischen Gemeinschaftssinn. •

Alpenkonvention steht über EU-Recht

» Ökologie muss an erster Stelle stehen

Kaspar Schuler, ehemaliger Geschäftsführer von Greenpeace Schweiz, leitet heute die Cipra und ist in dieser Funktion Gastgeber der Tagung in Schaan. Er warnte nach dem trockenen Sommer 2022: «In Zukunft wird es einen Kampf ums Wasser geben.» In Schaan ist eine Podiumsdiskussion diesem Thema gewidmet. Die Vertreterin des italienischen Naturschutzparks Lombardo della Valle del Ticino bestätigt: «2022 war ein kritisches Jahr, es gab sehr wenig Wasser. Wegen der Klimakrise wird es in Zukunft öfter zu solchen Situationen kommen. Wir müssen uns vorbereiten, miteinander und respektvoll. Wenn nur die eigenen Interessen zählen, gibt es Konflikte.» Außerdem müsse die Ökologie priorisiert werden: «Mit ihr müssen wir starten, sonst hat alles keinen Sinn.» Denn für den Erhalt der Ökosysteme sind lebendig mäandrierende Oberflächengewässer und gut genährte Grundwasserströme essenziell. Fehlen sie, fehlt es an der Lebensgrundlage für alle.

Ohne internationale Zusammenarbeit geht es nicht

Ist das Miteinander denn nicht längst in Abkommen geregelt? Man würde es meinen. Der Bund führt eine Liste mit internationalen Abkommen und Kommissionen, und auch im wichtigen Grundlagenbericht zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Schweizer Gewässer sind Gremien für die Zusammenarbeit aufgeführt. Aber die reichen aus Kaspar Schulers Sicht nicht mehr aus, es braucht jetzt schnell mehr internationalen Austausch, mehr Kooperation (siehe dazu das Interview Seite 5).

An der Alpenkonferenz von 2020 haben die Umweltministerinnen und -minister der Vertragsparteien der Alpenkonvention (Italien, Deutschland, Frankreich, Monaco, Österreich, Slowenien, Liechtenstein, die Schweiz sowie die EU) die «Deklaration zur nachhaltigen Wasserbewirtschaftung» verabschiedet. Vertreterin der Schweiz war damals Simonetta Sommaruga. Mit der Deklaration anerkennen die Alpenländer einschließlich der Schweiz, dass der Alpenraum bedingt durch den Klimawandel als «ein zunehmenddürregefährdetes Gebiet» betrachtet werden muss und es Anpassungen braucht. Sie bekennen sich zum Schutz der letzten unberührten Flussläufe, zur Wiederherstellung und Revitalisierung der Fliessgewässer, zu eingeschränkter Kleinwasserkraftnutzung, zu mehr Daten durch Monitoring – und sie sagen klar: Es braucht jetzt «Strategien und Pläne zur Lösung von Wassernutzungskonflikten». Also ein intensives transnationales Miteinander. Die so reizvolle wie dringliche Aufgabe lautet: Solidarität, Vertrauen und Effort über (ökonomische) Partikularinteressen, Grenzen und Institutionen hinweg, zusammen mit der Lokalbevölkerung. Auf Nachfrage sagt das Bafu, die Deklaration habe «die Schweiz darin bestärkt, ihr bisheriges Engagement weiter fortzusetzen», und erwähnt den engen Austausch mit Frankreich und Italien und das Engagement in grenzüberschreitenden Gremien. •

Die so reizvolle wie dringliche Aufgabe lautet: Solidarität, Vertrauen und Effort über Partikularinteressen und Grenzen hinweg.

Nicht nur die Schweiz, auch die EU-Länder legen beim Ausbau erneuerbarer Energien den Turbo ein. Die Energiewende wird Realität. Das ist eine gute und überfällige Entwicklung. Aber das Versäumte werde auf Kosten der Ökologie nachgeholt, warnt die Cipra. Besonders der weitere Ausbau der Wasserkraft bereitet ihr Sorgen, weil dadurch noch mehr sensible, für bedrohte Arten existenzielle Naturräume gefährdet werden. Cipra wollte Klarheit darüber, ob die EU trotz Alpenkonvention das Recht hat, neue Energie-Infrastrukturen forciert zu bauen. Zwei Jahre dauerten die juristischen Abklärungen, bis kürzlich die EU-Kommission mitteilte: Die Alpenkonvention ist EU-Sekundärrecht übergeordnet, ihre Vorgaben sind sogar bei der Befolgung von Notrecht oder der nationalen Umsetzung von EU-Direktiven einzuhalten. Das ist ein wichtiger Erfolg für den Schutz sensibler Naturräume in den Alpen. Die Alpenkonvention erhält mit diesem Befund mehr politisches Gewicht, so können Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht einfach abgewertet werden, auch müssen neue Stausee- und Windkraftprojekte mit ihr konform sein, und die Zivilgesellschaft muss mitreden können. Kurz: Übergeordnetes Interesse an der Energieproduktion geht im Alpenraum *nicht* vor. Allerdings gilt das nicht im gleichen Ausmass für die Schweiz. Zwar hat der Bund den Rahmenvertrag zur Alpenkonvention unterzeichnet und parlamentarisch ratifiziert, aber die acht thematisch spezifizierten Umsetzungsprotokolle hat die Schweiz nicht ratifiziert. Damit ist sie nicht verpflichtet, diese Protokolle ins nationale Gesetzeswerk zu integrieren. Zur alpenweiten Zusammenarbeit und generellen Einhaltung der Abmachungen ist die Schweiz trotzdem verpflichtet. (eb)



Die Schweiz spricht von Trockenheit, die EU von Dürre

Von Stefan Boss

Seit Mai dieses Jahres hat die Schweiz einen Trockenheitsmonitor. Weshalb braucht es ein solches Frühwarnsystem? Wer leidet hierzulande unter der Trockenheit? Und was beinhaltet der Monitor? Neun Fragen und Antworten zu Sinn und Zweck dieses Frühwarnsystems.



Jetzt online lesen:
moneta/trockenheitsmonitor



Es muss nicht immer Trinkwasser sein

Wir duschen, spülen Toiletten, waschen Kleider, bewässern Gärten, Parks und Landwirtschaft mit Trinkwasser – obwohl dafür auch Wasser von niedrigerer Qualität genügen würde. Beispiele aus Hongkong und San Francisco zeigen, wie alternative Wassersysteme aussehen können. Und wie steht es um die Verwendung von «Brauchwasser» in der Schweiz?

Text: Roland Fischer

«Was auch immer dran ist an der Behauptung, ein bisschen übertrieben ist es schon, dass wir dieses Wasser nicht nur trinken, sondern auch die Toilette hinabspülen oder in brennende Gebäude spritzen. Die Toilettenspülung ist mit über 40 Litern pro Person und Tag der grösste Wasserschlucker im Haushalt, an zweiter Stelle folgt die Körperflege mit 36 Litern. Beim Wasser gibt es insofern nur schwarzweiss: Entweder es ist sauber, dann hat es Trinkwasserqualität, oder es ist schmutzig.»

Das ist nicht überall so. In Hongkong gibt es schon seit den 1950er-Jahren ein «dual piping system». In diesem zirkuliert zum einen Trink- und zum anderen Meerwasser für Toiletten und als Löschwasser. Auch in den USA, vor allem in Kalifornien, gibt es Verteilnetze für Wasser in Nicht-Trinkqualität, die sogenannten «purple pipes», ihrer unverwechselbaren Farbe wegen. So gibt es in einigen Gebieten von San Francisco ein separates Verteilnetz für aufbereitetes Abwasser für die Bewässerung von Parks, für den Zoo und für Gewerbe. Warum also gibt es nichts Vergleichbares in der Schweiz?

Technisch gut machbar

Ein Projekt des Wasserforschungsinstituts der ETH (Eawag) hat sich der Frage des sogenannten Brauchwassers gewidmet, der Abschlussbericht ist eben erschienen. Fazit, kurzgefasst: Es ist kompliziert. Technisch stellt die Aufbereitung keine besondere Herausforderung dar: Abwasser kann je nach Aufwand als Brauchwasser oder nach weitergehender Reinigung sogar als Trinkwasser wiederverwendet werden. Das Expertenteam präsentiert Brauchwasser angesichts des Klimawandels und der zu erwartenden Trockenperioden als Teil der Lösung. Würden wir unsere WCs mit Nicht-Trinkwasser spülen, könnten rund 30 Prozent des häuslichen Trinkwasserbedarfs eingespart werden. Dieser Anteil würde bis auf 50 Prozent steigen, wenn wiederaufbereitetes Wasser von höherer Qualität auch für das Wäschewaschen und andere Nicht-Trinkwasseranwendungen gebraucht würde.

Die grosse Frage ist dabei, neben den individuellen hygienischen Vorlieben: Wie kommt das Brauchwasser zum Ort der Nutzung, zum Beispiel in den Spülkästen des WC? Die Aufbereitung würde am ehesten in den Kläranlagen passieren, zurück zu den Haushalten oder der Industrie bräuchte es dann neue Druckleitungen. Doch das grossflächige Verlegen neuer Leitungen im Boden wäre eine kaum zu finanzierende Mammutaufgabe. Als Alternative könnte das sogenannte Pipe-in-pipe-Verfahren zum Zug kommen – hierbei werden die Retourleitungen in grosse Abwasserrohre eingezogen –, aber auch diese Variante müsste stark subventioniert werden. Dass das Lebensmittel Trinkwasser hierzulande als Löschwasser genutzt wird, liegt schlicht daran, dass die Hydranten aus pragmatischen Gründen an die überall vorhandene Trinkwasserinfrastruktur angeschlossen sind.

Regulatorische Hindernisse

Je nach Nutzung gibt es auch regulatorische Hindernisse, wie die Studienautorinnen und -autoren feststellen: Denn aktuell gilt in der Schweiz eine Bewässerung mit speziell aufbereitetem Abwasser als Versickerung von verschmutztem Abwasser und ist gemäss der Gewässerschutzverordnung ohne besondere Bewilligung verboten. Hier wird die aktuelle Situation tatsächlich ein wenig paradox. Denn wo genau ist der Unterschied zwischen explizit aufbereitetem Abwasser aus einer Leitung (ob violett oder nicht) und einem Fluss, in den Kläranlagen münden? Dieses geklärte Wasser dürfen Bäuerinnen und Bauern zum Bewässern ihrer Kulturen nutzen.

Am einfachsten wäre ohnehin die «Luxusvariante» der Aufbereitung: Bringt man das Abwasser wieder auf Trinkwasserqualität, dann können bestehende Trinkwassernetze für die Verteilung genutzt werden. Diese aufwendigste Form der Aufbereitung wird an vielen Orten schon seit Jahrzehnten erfolgreich umgesetzt (z.B. Los Angeles, Windhoek, Singapur). Ob die Schweiz in Zukunft auch verstärkt auf Brauchwasser setzt, wird letztlich ein politischer Entscheid sein. Die EU sei uns da immerhin einen kleinen Schritt voraus, stellt der Bericht fest. •

95 400 Kilometer Wasserleitungen

Zahlen und Fakten zum Trinkwassersystem in der Schweiz

Zusammenstellung: Simon Rindlisbacher | Illustration: Claudine Etter

Jährlich fallen etwa **60 Milliarden Kubikmeter Wasser** auf die Schweiz in Form von **Schnee oder Regen**. 40 Prozent des Niederschlags ist verdunstetes Nordatlantikwasser, 25 Prozent kommen aus dem Mittelmeer, 20 Prozent von der Landoberfläche Mitteleuropas und 15 Prozent aus der Nord- und Ostsee. Schätzungsweise 13,1 Milliarden Kubikmeter stammen aus anderen Ländern.

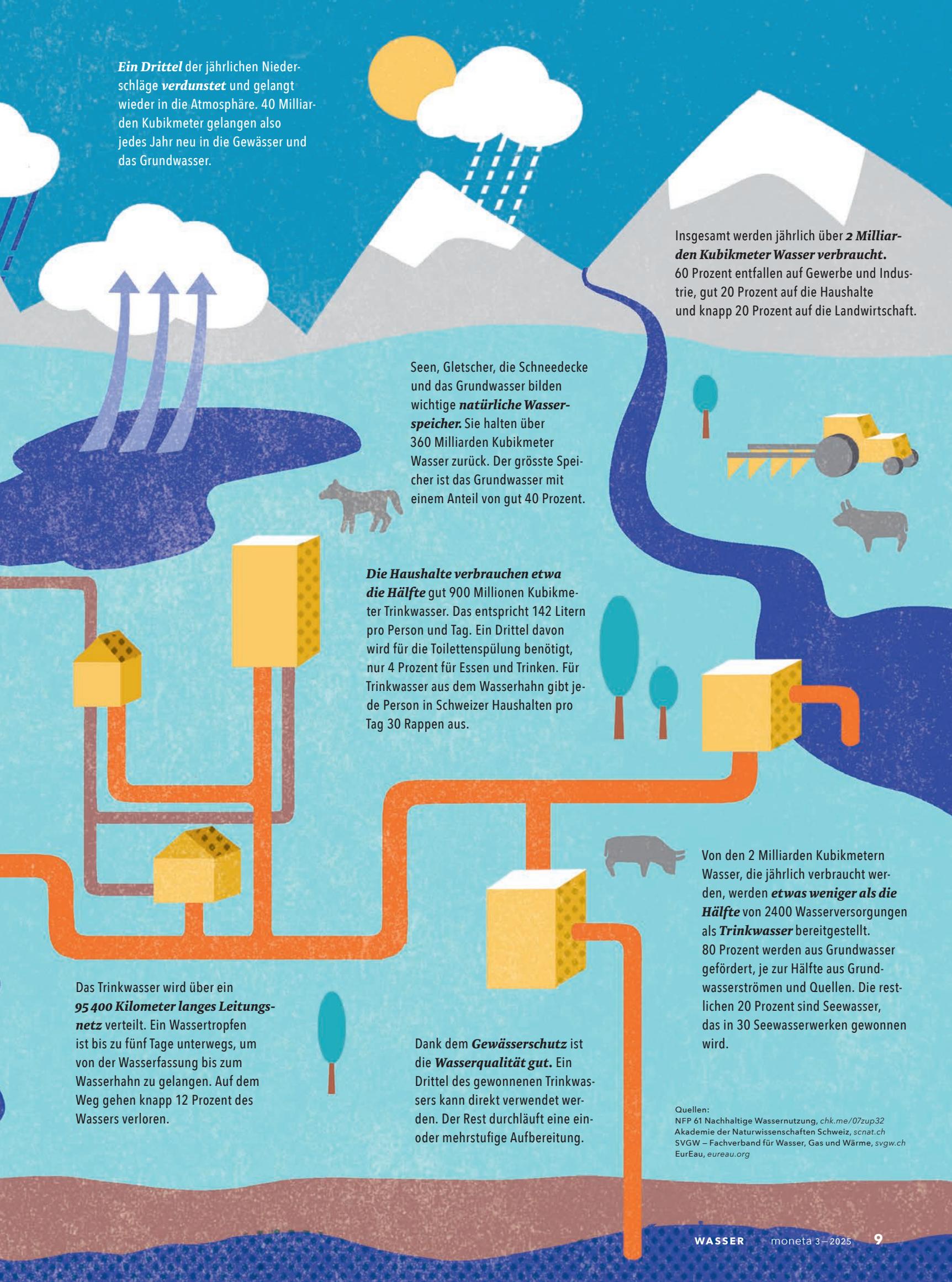
Das Abwasser wird durch ein 130 000 Kilometer langes Kanalisationsnetz an eine von **800 Kläranlagen geleitet**. Etwa 97 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner sind an eine solche angeschlossen.

Industrie und Gewerbe beziehen 30 Prozent des Trinkwassers, die Landwirtschaft lediglich etwas mehr als 3 Prozent. Landwirtschaft und Industrie gewinnen also einen Grossteil des genutzten Wassers selbst.

Pro Jahr fliessen 53 Milliarden Kubikmeter Wasser aus der Schweiz ab, 65 Prozent davon in die Nordsee, 32 Prozent ins Mittelmeer und 3 Prozent ins Schwarze Meer.

Die Kläranlagen reinigen jedes Jahr über **1,3 Milliarden Kubikmeter Abwasser** und leiten es wieder in Flüsse und Seen.

In die **Infrastruktur** für Trinkwasser und Abwasser werden **pro Person und Jahr 92 Euro** investiert. Das ist ähnlich viel wie in Deutschland oder Frankreich. In Italien oder Spanien sind es nur 38 bzw. 22 Euro.



Ein Drittel der jährlichen Niederschläge **verdunstet** und gelangt wieder in die Atmosphäre. 40 Milliarden Kubikmeter gelangen also jedes Jahr neu in die Gewässer und das Grundwasser.

Insgesamt werden jährlich über **2 Milliarden Kubikmeter Wasser verbraucht**.

60 Prozent entfallen auf Gewerbe und Industrie, gut 20 Prozent auf die Haushalte und knapp 20 Prozent auf die Landwirtschaft.

Seen, Gletscher, die Schneedecke und das Grundwasser bilden wichtige **natürliche Wasserspeicher**. Sie halten über 360 Milliarden Kubikmeter Wasser zurück. Der grösste Speicher ist das Grundwasser mit einem Anteil von gut 40 Prozent.

Die Haushalte verbrauchen etwa die Hälfte gut 900 Millionen Kubikmeter Trinkwasser. Das entspricht 142 Litern pro Person und Tag. Ein Drittel davon wird für die Toilettenspülung benötigt, nur 4 Prozent für Essen und Trinken. Für Trinkwasser aus dem Wasserhahn gibt jede Person in Schweizer Haushalten pro Tag 30 Rappen aus.

Von den 2 Milliarden Kubikmetern Wasser, die jährlich verbraucht werden, werden **etwas weniger als die Hälfte** von 2400 Wasserversorgungen als **Trinkwasser** bereitgestellt. 80 Prozent werden aus Grundwasser gefördert, je zur Hälfte aus Grundwasserströmen und Quellen. Die restlichen 20 Prozent sind Seewasser, das in 30 Seewasserwerken gewonnen wird.

Das Trinkwasser wird über ein **95 400 Kilometer langes Leitungsnetz** verteilt. Ein Wassertropfen ist bis zu fünf Tage unterwegs, um von der Wasserfassung bis zum Wasserhahn zu gelangen. Auf dem Weg gehen knapp 12 Prozent des Wassers verloren.

Dank dem **Gewässerschutz** ist die **Wasserqualität gut**. Ein Drittel des gewonnenen Trinkwassers kann direkt verwendet werden. Der Rest durchläuft eine ein- oder mehrstufige Aufbereitung.

Quellen:
NFP 61 Nachhaltige Wassernutzung, chk.me/07zup32
Akademie der Naturwissenschaften Schweiz, scnat.ch
SVGW – Fachverband für Wasser, Gas und Wärme, svgw.ch
EurEau, eureau.org

Kläranlagen – eine Erfolgsgeschichte?

Die Schweiz ist international bekannt für ihre sauberen Flüsse und Seen. Das war nicht immer so: Bis weit ins 20. Jahrhundert gelangten Abwässer von Siedlungen und Industrie ungeklärt in die Umwelt. Erst mit dem Gewässerschutzgesetz von 1955 begann die Erfolgsgeschichte der Kläranlagen. Diese stehen heute allerdings vor neuen Herausforderungen.

Text: Roland Fischer

Gewässerschutz – das Wort kann zweierlei bedeuten. Meint man damit den Schutz vor Gewässern oder den Schutz der Gewässer? Tatsächlich erzählt die Geschichte des Gewässerschutzes in der Schweiz genau diese Doppeldeutigkeit nach. In der ersten Phase – vom 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts – bezog sich der Schutz eher auf uns als auf die Gewässer. Man investierte viel Geld in Wildbachverbauungen, Flusskorrekturen und Seeregulierungen. Wie es den Gewässern selber ging, spielte dabei weniger eine Rolle, sie mussten buchstäblich immer mehr schlucken. Das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum sorgte dafür, dass immer mehr Abfälle, chemische Schadstoffe aus der Industrie und ungeklärte Abwasser in Flüsse und Seen gelangten. Denn Abwasserbehandlung hiess lange einfach die geordnete Ableitung des Abwassers in Kanäle. Getreu dem Motto: aus den Augen, aus dem Sinn. Die simple Methode stank bald zum Himmel, das Abwassersystem geriet ein erstes Mal

in die Krise: Die besser Verdienenden zogen in die Villenvororte, während Unterschichten nachrückten. Bald forderten Ärzte, Stadtplaner und Architekten eine «Kloakenreform». So hiess es in einer ETH-Doktorarbeit «über die Abwasserverhältnisse von Zürich» von 1934: «Die Industrialisierung eines Landes ist gleichbedeutend mit der Anhäufung grosser Menschenmassen in Städten und ganzen Bezirken. Daraus erwachsen Schwierigkeiten sowohl bezüglich der Wasserversorgung als auch bezüglich der Abstossung des verbrauchten Wassers, also des Abwassers, in die natürlichen Vorflüter (Flüsse, Seen und Teiche) mit den bekannten Folgen für die Gewässer.»

Die Fischer machen Druck

Es waren aber vor allem die Fischer, die sich gegen die übeln Zustände wehrten, bevor sie ins allgemeine Bewusstsein drangen. Sie bewirkten, dass im ersten Fischereigesetz von 1888 verboten wurde, «in Fischgewässern Fabrikabgänge oder andere Stoffe von solcher Beschaffenheit und in solchen Mengen einzuwerfen oder einfließen zu lassen, dass dadurch der Fisch- und Krebsbestand geschädigt wird». Tatsächlich bildete diese Bestimmung während fast siebzig Jahren die einzige gesetzliche Grundlage gegen Gewässerverunreinigungen – und war einigermassen zahnlos. 1933 wurden die Fischer wieder laut: Sie forderten vom Bund Massnahmen gegen die zunehmende Wasserverschmutzung und eine Beratungsstelle für Abwasserreinigung. Man war inzwischen zur Erkenntnis gelangt, dass Prävention allein das Problem nicht würde lösen können. Doch Fachleute für die Planung und den Bau von Kläranlagen gab es in der Schweiz keine, die Pionieranlagen standen in Grossbritannien und in Deutschland. Es war die Geburtsstunde der Eawag: Die ETH Zürich gründete 1936 eine Beratungsstelle für Abwasserreinigung und Trinkwasserversorgung.

Strenge Vorschriften dank wachsendem Umweltbewusstsein

Erst 1955 erliess das Parlament das erste Gewässerschutzgesetz und gab dem Bund damit die Kompetenz, die Schweizer Gewässer vor Verunreinigungen zu schützen. Doch auch dieses Gesetz veränderte zunächst wenig, 1963 waren erst 14 Prozent der Schweizer Bevölkerung ans Abwassersystem angeschlossen. Schäumende und stinkende Bäche, Fischsterben, Abfälle in Fließgewässern und Seen waren an der Tagesordnung. Baden? War aus gesundheitlichen Gründen weitgehend verboten. Wirklich wirksam wurde der Schutz erst nach der ersten Revision von Gesetz und Verordnung im Jahr 1972, nun war endlich auch die Möglichkeit vorgesehen, den Bau von Kläranlagen zu subventionieren. Was auch in grossem Stil in Anspruch genommen wurde: Bis 1992 investierten Bund, Kantone und Gemeinden rund 35 Milliarden Franken in den Gewässerschutz. Waren 1964 in der Schweiz lediglich 67 Kläranlagen in Betrieb, so zählte man 1983 bereits 901 Anlagen. Der Anteil der schweizerischen Be-

**Exklusiv
auf
moneta.ch**

Schwammstädte – liegt da nicht mehr drin?

Von Esther Banz

Das extremer werdende Klima bedroht die Städte und die Menschen, die darin leben. Es gilt, die dicht bebauten, urbanen Räume an Hitze, Trockenheit und Starkregen anzupassen. Das Konzept der Schwammstädte ist in aller Munde, so wird entsiegelt und neues Baumsubstrat verwendet. Aber ist das gross genug gedacht?



Jetzt online lesen:
moneta.ch/schwammstadt

völkerung, der an Abwasserreinigungsanlagen angeschlossen ist, erhöhte sich zwischen 1970 und 1990 von etwa 30 auf 90 Prozent.

Was hatte zum politischen Umdenken geführt? Schon früh im 20. Jahrhundert erhielten die Fischer Unterstützung von Organisationen aus dem Natur- und Heimatschutz. Angeführt vom Schweizerischen Bund für Naturschutz (heute Pro Natura), kam eine patriotische Naturschutzbewegung in Gang. Die Schönheit der Schweiz zeige sich in der Natur, und diese solle entsprechend gegen negative Einflüsse von Modernisierungsprozessen geschützt werden. Es dauerte aber bis zu den Umweltbewegungen der 1970er-Jahre, bis ein wirkliches Umdenken begann. Die Politik rang sich endlich auch zu Verboten durch: 1976 wurde nach langwierigen Beratungen eine wenig spektakulär klingende «Verordnung über Abwassereinleitungen» beschlossen. Zwar waren die rechtlichen Grundlagen für den Erlass von Qualitätszielen für die Gewässer anfangs noch eher wackelig, trotzdem setzte man mit den Vorschriften über die Wasserqualität für die Fliessgewässer und Seen hohe Ziele, die internationale Beachtung fanden. 1998 wurde diese Verordnung dann schliesslich in die Gewässerschutzverordnung überführt.

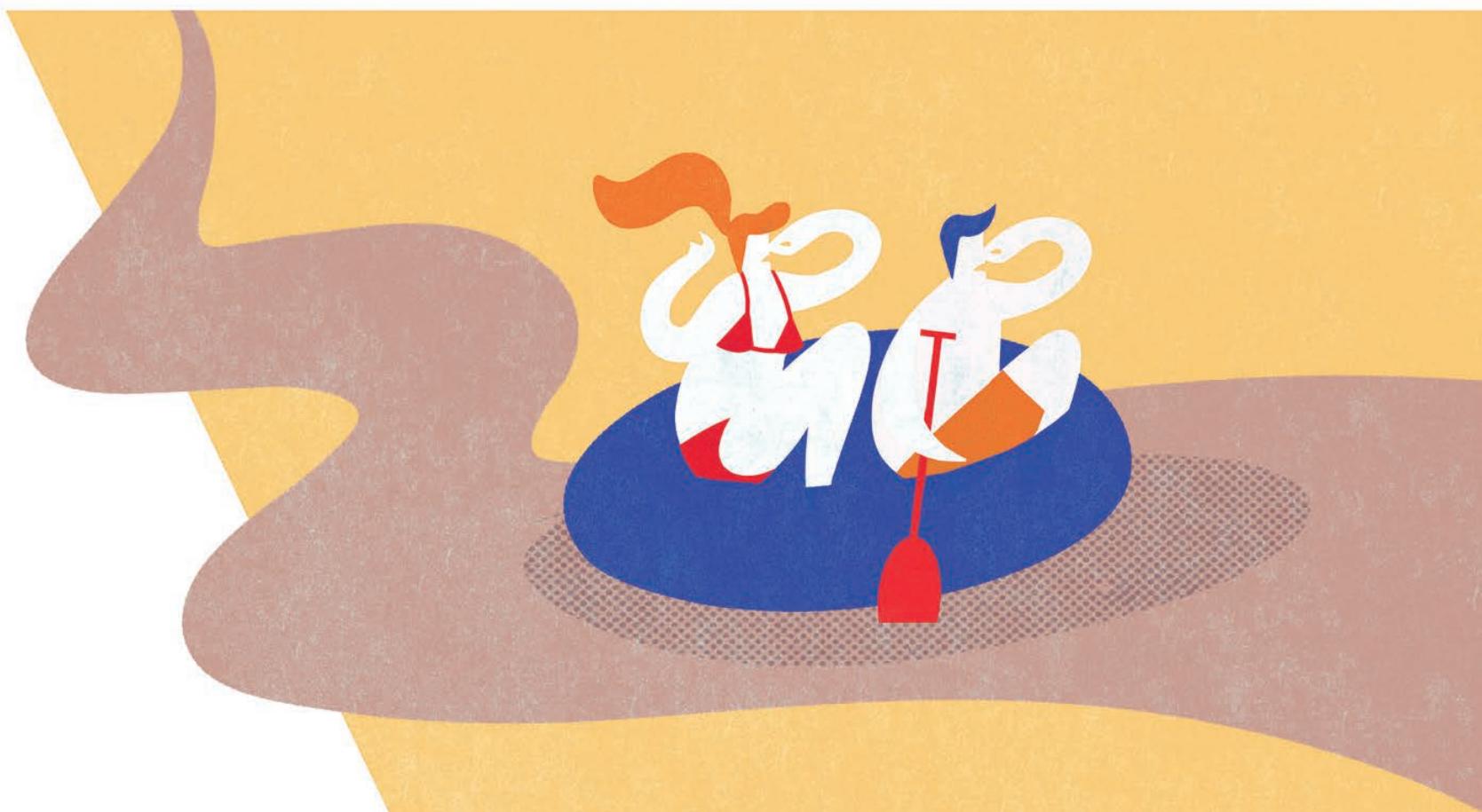
Mikroverunreinigungen als neue Herausforderung

Ende gut, alles gut? Mittlerweile werden in der Schweiz 97 Prozent aller Abwässer erfasst. Die Abwasserinfrastruktur setzt sich zusammen aus rund 800 Kläranlagen und 130 000 Kilometer Kanalisation. Alles in allem ergibt sich für die schweizerische Siedlungsentwässerung ein stolzer Infrastrukturwert von etwa 100 Milliarden Franken. Allerdings kommt die vor allem in den 1960er- und 1970er-Jahren errichtete Infrastruktur langsam in die Jahre, Investitionen sind unausweichlich. Ausruhen auf den Gewässerschutz-Lorbeeren ist aber auch aus weiteren Gründen nicht angesagt: Seit einigen Jahren steigt das Bewusstsein für sogenannte Mikroverunreinigungen. Dank feinerer Analytik weiss man heute, dass selbst gut funktionierende Kläranlagen gewisse Kleinstverschmutzungen nicht aus dem Abwasser entfernen können. So gelangen über die

Kanalisation laufend hormonaktive Substanzen, Haushaltchemikalien, Kosmetika und Arzneimittel in die Gewässer, aber auch Stoffe aus gewerblichen und industriellen Prozessen. Es werden Nachrüstungen fällig.

Urs Von Gunten von der Eawag sagt, die politische Herausforderung sei heute eine ganz andere: «Damals hat man alles mit eigenen Augen sehen können, die Verschmutzung war offensichtlich.» Bei den Mikroverschmutzungen mache sich höchstens wiederum die Fischerlobby bemerkbar, aber politisch werde wohl nie mehr ein ähnlicher Druck erzeugt werden können wie damals. «Es ist gar nicht mehr so einfach, zu zeigen, welchen Effekt wir mit entsprechenden Massnahmen erzielen, so dass es der Umwelt entscheidend besser geht.» Weil die Nachrüstung aller rund 800 Kläranlagen ein arg teures Unternehmen wäre, hat man sich im politischen Prozess in einem ersten Schritt darauf geeinigt, eine Halbierung der Rückstände anzupeilen. Das schafft man auch mit der Nachrüstung an den neuralgisch wichtigsten Stellen, das heisst bei bloss 120 Anlagen. Im Jahr 2040 soll der Anteil laut dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) dann bei voraussichtlich 70 Prozent liegen. Die Kosten für den Bau der neuen Stufen zur Elimination von Mikroverunreinigungen werden zu 75 Prozent über einen neu geschaffenen, zweckgebundenen Abwasserfonds mitfinanziert, alimentiert von den Wasserverbraucherinnen und -verbrauchern.

Es warten aber noch weitere Herausforderungen: Kläranlagen sind Energiefresser. Schätzungen zufolge sind sie bei Einsatz herkömmlicher Technik für 3 Prozent des globalen Stromverbrauchs verantwortlich. Und auch den nicht unwesentlichen Treibhausgasausstoss würde man gern besser in den Griff bekommen, auch hier sind die Zahlen ähnlich: Die Treibhausgasemissionen der Schweizer Kläranlagen machen zwischen 1 und 3 Prozent der nationalen Emissionen aus, die Kalkulationen sind allerdings noch mit viel Unsicherheit behaftet. Auch hier sind verschiedene Ideen im Raum, wie man die Erfolgsgeschichte der Kläranlagen zu einem sauberen Ende erzählen kann. Das Problem? Es wird natürlich etwas kosten. •



Wasser als Ware, Wasser als Gemeingut

**Es ist ein eher wenig beachteter Brennpunkt aktueller kapitalistischer Machtspieler:
Wasser als Ressource. Der Eindruck nämlich, dass die grossen, neoliberalen Privatisierungs-
wellen eher am Abflachen sind: Er täuscht.**

Text: Roland Fischer

Es gibt da einen grossen Stolperstein in Sachen Wasser und Wirtschaft: Geht es bei der Wasserversorgung eigentlich um die Infrastruktur – das Wasser lief dann gewissermassen gratis durch diese teuren Kanäle? Oder geht es um das Wasser an sich, als Ware? Machte man eine Strassenumfrage, könnte wohl niemand sagen, was ein Liter Wasser (oder eine lange Dusche) konkret kostet, in Franken. Tatsächlich ist Wasser so billig, dass man es, seit es einfach aus dem Wasserhahn kommt, als grossen Gleichmacher bezeichnen kann. Ob reich oder arm, wir alle spülen unsere Toiletten, putzen unsere Zähne und machen unsere Eiswürfel mit dem gleichen Wasser. Aber ein Geschäft ist Wasser natürlich trotzdem, zumindest ein potenzielles.

Mit Privatisierungen öffentliche Finanzlöcher stopfen

Beim Wasser ist es wie bei jeder grossflächigen Ingenieurleistung: Derlei Infrastrukturen zu bauen und zu unterhalten, ist richtig teuer. Wer kann das stemmen? Im aktuellen wirtschaftspolitischen Umfeld fast nur private Akteure, sagt Andrea Muehlebach. Die Kulturwissenschaftlerin und Professorin an der Universität Bremen untersucht seit Jahren den Aktivismus gegen Wasserprivatisierungen, sie hat dazu ein überaus lebenswertes Buch geschrieben («A Vital Frontier: Water Insurgencies in Europe», 2023). Es ist letztlich ein politischer Entscheid: Nimmt man die entsprechenden öffentlichen Gelder in die Hand, oder knausert man? Wenn die Bereitschaft dafür nicht da ist, springen gern private Geldgeber ein. Oft können sie die Bedingungen der Deals definieren, was etwa im Fall der Wasserwerke Berlin den Geldgebern Gewinne über Jahre garantiert hat. Das hat entsprechend für Proteste gesorgt, inzwischen sind die Wasserwerke wieder in öffentlicher Hand. Ausserdem könnte man mit wertvoller Infrastruktur «unglaublich schnell Löcher in Haushaltsbudgets stopfen», sagt Muehlebach. Das machen Privatisierungen so verlockend für Politiker, die auf kurzfristige Erfolge aus sind. Tatsächlich scheint es, als erlebe Wasser im 21.Jahrhundert seinen grossen Wirtschaftsmoment, nachdem es lange eher als Gemeingut angesehen



wurde, als explizites Nicht-Geschäft. Zur Jahrtausendwende verstärkten sich die Tendenzen hin zu einer «Finanzialisierung» des Wassers. Es gibt inzwischen komplexe Finanzinstrumente, die speziell auf den Wassersektor ausgerichtet sind, wie wasserfokussierte Investmentfonds oder strukturierte Wasserprodukte.

Kaum private Investitionen in die Infrastruktur

Dabei sei Wasser vor kaum zehn Jahren noch von der Uno als Menschenrecht deklariert worden, sagt Muehlebach. An der letzten Uno-Wasserkonferenz 2023 habe jedoch ein ganz anderer Tenor geherrscht: Da hätten sich unzählige private Finanzakteure getummelt, Public-private-Partnerships seien überall gepusht worden. In Brasilien («ein paradigmatischer Fall») gehe die Privatisierung mit einem Tempo vonstatten, wie es Antiprivatisierungsaktivisten vor Ort noch nie gesehen hätten. Dabei fällt auf: «Schlechte finanzpolitische Entscheide» gehorchem keinem simplen Rechts-Links-Muster: Schliesslich folgte auf den Ultrarechten Bolsonaro an der Spitze Brasiliens vor zwei Jahren der Linkspolitiker Lula – die Privatisierung schreitet dennoch ungebremst voran.

Gleichzeitig wuchs der Gegen-Aktivismus: Gegen die Logik der dauerhaften Verschuldung, auf die das Finanzwesen setzt, betonen Wasserbewegungen eine «transzendenten» Schuld, die Menschen gegenüber dem Wasser und damit gegenüber dem Leben an sich immer schon eingegangen sind. Sollte man die Bereitstellung von Wasser also als «Service public» ansehen, oder hat man es da ganz schnöde mit einer Sache zu tun, die sich beschaffen und verkaufen lässt wie Kaffee oder Heizöl? Profitabel kann natürlich beides sein, im Prinzip. In der konkreten Praxis im Fall einer Privatisierung aber nur, wenn man unlautere Deals zulässt. Denn Fakt ist: Private Unternehmen haben nie viel in Wassersysteme investiert. In allen Ländern Europas und Nordamerikas hat der öffentliche Sektor für die Infrastruktur bezahlt. Selbst in Frankreich, wo es eine lange Tradition privater Wasserunternehmen gibt, investierten diese kaum in die Erweiterung der Systeme – die Gemeinden mussten alle Investitionen selbst tätigen. Höhere Preise sind dennoch oft die Folge: Im Vereinigten Königreich stiegen die Wasserpreise in den 17 Jahren nach der Privatisierung weitaus stärker als die Teuerung, obwohl sich die Betriebskosten nicht geändert hatten. Da hatte offensichtlich jemand Lust auf dicke Gewinne.

Erfolgreicher Druck von der Strasse

In den letzten Jahren schwingt das Pendel eher zurück: Gerade in Frankreich, der Heimat der grössten multinationalen Wasserunternehmen (wie Suez und Veolia), haben sich viele Städte die privatisierten Versorgungen zurückgeholt, was nicht zuletzt auf den Druck von der Strasse zurückzuführen war. Tatsächlich sind die Wasserversorgungen in über 90 Prozent der grössten 400 Städte der Welt im Besitz des öffentlichen Sektors. In kleinen Städten und ländlichen Gebieten ist der Anteil noch höher. Es gibt aber auch europäische Länder, in denen die Mehrheit der Wasserdienstleistungen privatisiert ist: England, Spanien und die Tschechi-

sche Republik, Frankreich gehört auch immer noch dazu. Die Niederlande hingegen verabschiedeten 2004 sogar ein Gesetz, das es allen ausser öffentlichen Organisationen verbietet, Wasserdienstleistungen zu betreiben. Und Italien lehnte 2011 ein Gesetz zur Erleichterung der Wasserprivatisierung ab, auch hier waren Aktivistinnen und Aktivisten federführend bei der Opposition.

Besonders hoch gehen die Wellen derzeit in England: Der Fall Thames Water, vielleicht das Beispiel für eine gescheiterte Privatisierung der Wasserversorgung, beschäftigt nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch Parlament und Gerichte. Das Unternehmen, das seit 1989 für die Londoner Wasserversorgung zuständig ist, kämpft seit Jahren mit Finanzproblemen. Diese haben sich in letzter Zeit aufgrund von hohen Bussen noch verschärft – auferlegt von der öffentlichen Hand wegen Umweltsünden. Diese wiederum kann Thames Water wegen maroder Infrastruktur kaum verhindern. Aktuell stehen eine Schuldentilgung und eine «Verramschung» an eine Holding in Hongkong zur Diskussion. Die Kampagnenleiterin der NGO River Action sieht die Krise als Chance, «einen neuen Kurs einzuschlagen und nicht dieselben Fehler zu wiederholen, indem man Thames Water an ausländische Käufer verscherbelt, die auf ein Schnäppchen aus sind».

Klimakrise befeuert Spekulationsfieber

Und man weiss ja: Schnäppchen ziehen Finanzhaien an. Also kaufen Banken, Pensionskassen, Unternehmensbeteiligungskonzerne und Aktienfonds in einer Art spekulativem Fieberwahn vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern beachtliche Anteile der öffentlichen Wasserversorgung auf. Zynischerweise spielt ihnen dabei die Klimakrise in die Hände: Knappeheiten befeuern Märkte, bekanntlich. Als Anlageklasse werde Wasser, so eine Goldman-Sachs-Analyse, bald Kupfer, Landwirtschaftsprodukte und seltene Erden überholen. Der rigorose Sparkurs, den man austeritätsgeschütteten Ländern auferlegt, erleichtert diesen weltweiten «water grab» (Wasserraub), wie er in Aktivistenkreisen genannt wird. In Entwicklungsländern wiederum wirken die Weltbank, der IWF und multinationale Unternehmen ganz explizit auf Privatisierungen hin, was noch auf den «Washington-Konsens» aus den 1980ern und 1990ern zurückgeht. Dieser empfahl für krisengeschüttelte Entwicklungsländer explizit Massnahmen zur Förderung des freien Marktes.

Die Geschichte wiederhole sich immer wieder, sagt Muehlebach, gegen alle Evidenz glaube man denselben Schlagworten von Effizienz und Wettbewerb (was im Fall von Wasser noch ein wenig absurd ist als andernorts, weil es sich bei Wasserversorgungen eigentlich immer um Monopole handelt). «Der politische Betrieb ist sehr schnelllebig, es kommen immer wieder neue Entscheidungsträger, die mit denselben Floskeln hantieren.» Es braucht ihn also weiterhin, den Aufstand von unten, und Muehlebach ist durchaus optimistisch, dass der auch immer wieder Wirkung zeigt: «Ich glaube, dass Wasser eines der Themen ist, mit dem man am besten politisch mobilisieren kann.» •

Fr.10.-

DIE SEITEN DER ABS

WASSER, WIND UND SONNE STATT ATOM

Vierzig Jahre nach ihrer Gründung besitzt die ADEV-Energiegenossenschaft 140 dezentrale Wasser-, Wind-, Solar- und Wärme-kraftwerke. Möglich machen das auch Kredite der Alternativen Bank Schweiz (ABS). Zwei Fünftel der Jahresproduktion entfallen auf Kleinwasserkraftwerke. Text: Pieter Poldervaart

Fünfzig Jahre ist es her, seit Umweltbewegte den Bauplatz des geplanten Atomkraftwerks Kaiseraugst besetzten. 1978 respektive 1979 nahmen beide Basler Kantone einen Passus in die Verfassung auf, wonach sie sich gegen Atomkraft auf ihrem Gebiet oder in ihrer Nähe einzusetzen haben. Auf der Suche nach Alternativen gründeten am 18. April 1985, zehn Jahre nach «Kaiseraugst», drei Dutzend Atomkritikerinnen und -kritiker in Liestal die Arbeitsgemeinschaft für dezentrale Energieversorgung ADEV. «Damals dominierten Aktivismus und Idealismus. Doch die Erneuerbaren steckten noch in den Kinderschuhen und wurden vielerorts belächelt», erzählt Geschäftsführer Thomas Tribelhorn. Den Start machte ein Windrad des Ökozentrums Langenbruck: Als erste Windturbine der Schweiz speiste es Strom zurück ins Netz, ein Vorgang, den das zuständige Elektrizitätswerk zuvor als technisch unmöglich deklariert hatte.

Erneuerbare unter einem Dach

Heute ist die ADEV von etablierten Netzbetreibern und Gemeinden anerkannt. Bis diese mit den jungen Wilden aus Liestal auf Augenhöhe verhandelten, vergingen jedoch Jahre. Zu Beginn war vieles eher spontan, erinnert sich in der Jubiläumsschrift zum 25-jährigen Bestehen 2010 der damalige Geschäftsleiter Eric Nussbaumer: «Bei meinem Stellenantritt 1988 war das Geschäftsmodell noch nicht klar umrisen, und ich war der einzige Angestellte.» 1991 floss mit dem Energienutzungsbeschluss erstmals Fördergeld für Photovoltaik aus Bundesbern. Nussbaumer nutzte diese Chance für die ADEV. Neben Windkraft und Photovoltaik wurden Kleinwasserkraft genutzt und Wärmeverbünde gegründet. Seither wurden die Technologien in vier

eigenständige Aktiengesellschaften überführt, die alle unter dem Dach der Energiegenossenschaft gebündelt sind. Den Lead hatten dabei Kleinwasserkraftwerke: Auf sie entfielen 2024 44 Prozent oder 17,4 Millionen Kilowattstunden Strom.

Dass Vorreiter Lehrgeld zahlen, weiss Tribelhorn, der nebenbei als Co-Präsident der Grünliberalen Basel-landschaft amtet, aus eigener Erfahrung. 2013 baute der heute 55-jährige Betriebswirtschafter ein Plusenergiehaus und installierte für viel Geld Speicherbatterien, die heute für einen Bruchteil der Kosten erhältlich sind. «Die ADEV ist für mich ein idealer Ort, um mein wichtigstes politisches Anliegen – die Energiewende – umzusetzen», sagt Tribelhorn. Um bei den Speicherbatterien zu bleiben: 2019 erhielt die ADEV zusammen mit der Stiftung Habitat den Preis «Watt d'Or» des Bundesamts für Energie für das Projekt «Erlenmatt Ost» in Basel, bei dem der Effekt von zwei E-Autos mit bidirektionalen Batterien in einer Überbauung getestet wurde. Die Stromspeicherung werde in der Zukunft auch für die ADEV wichtiger werden, prognostiziert Tribelhorn.

Soziales Engagement, wirtschaftlicher Erfolg

Die Projekte finanziert die ADEV mit der Herausgabe von Genossenschaftsanteilen und Aktien sowie Darlehen von etwa 2300 Privatpersonen, dazu kommt Geld von Banken, so auch von der ABS. Tribelhorn: «Mit dieser Bank teilen wir wichtige Werte. Wie die ABS hat die ADEV zum Ziel, nicht einen möglichst hohen Gewinn zu erwirtschaften.» Entsprechend war die ADEV Mitgründerin von Social Entrepreneurship Schweiz (SENS). Darüber hinaus biete die ABS durchaus attraktive Konditionen. Nachhaltig aufgestellt ist die ADEV auch bei der Altersvorsorge: Sie liess sich als erste Kundin bei der nachhaltigen Pensionskasse Abendrot registrieren, die ebenfalls vor vierzig Jahren gegründet wurde.

Tribelhorn ist aber Zahlenmensch genug, dass er auch auf schwarze Abschlüsse achtet. Seit 2021 schliessen die Genossenschaft und alle fünf Teilgesellschaften mit einem Gewinn ab. Neben den vier Spar-ten gehört auch die Willy Gysin AG dazu, ein Liestaler

Elektroinstallateurunternehmen, das in den Zehnerjahren finanziell ins Straucheln geraten war und von der ADEV übernommen wurde. Die ADEV trimmte den Traditionsbetrieb erfolgreich auf Photovoltaik.

Dezentral und demokratisch

Ende 2023 betrug die installierte PV-Leistung 13 Megawatt, innerhalb der letzten 15 Monate wurden mehrere PV-Anlagen neu gebaut und in Betrieb genommen, was die Leistung um 50 Prozent erhöhte. Ganz so rasant soll das Wachstum nicht weitergehen, betont Tribelhorn, aber zwei bis drei Megawatt jedes Jahr lägen drin. Immer mal wieder erhält die Genossenschaft das Angebot, ein Kleinwasserkraftwerk zu übernehmen. Zudem ist sie daran, die bestehenden Werke fischgängig zu machen: Laut dem Gewässerschutzgesetz müssen schweizweit bis 2030 die Hindernisse für die Fischwanderung ausgeräumt sein, wobei der Bund die Finanzierung übernimmt. Auch neue Kleinwasserkraftwerke klärt die ADEV ab, aktuell etwa an der Birs. «Sowohl mit Pro Natura, die mit einem Direktdarlehen an der ADEV beteiligt ist, als auch mit dem WWF suchen wir jeweils bei neuen Projekten das Gespräch, um uns auf Aus-

gleichsmaßnahmen oder andere Kompromisse zu verständigen», erklärt Tribelhorn. Beim Windstrom geht die ADEV in die Offensive: Erstmals hat sie eine Vollzeitstelle geschaffen, um neue Windanlagen professionell voranzutreiben. Einen eigentlichen Boom erwartet Tribelhorn im Bereich Ökowärme: «Viele Gemeinden streben netto null an.» Statt Holz nutzt die ADEV vermehrt industrielle Abwärme, etwa aus Abwasserreinigungsanlagen, aktuell zum Beispiel bei einem Projekt in Basel-Stadt. Zudem installiert sie in grossem Stil Erdsonden, der Strom kommt von PV-Anlagen auf dem Dach der jeweiligen Liegenschaften.

Mit ihrem vielfältigen Portfolio an Erneuerbaren sei die ADEV in der Schweiz einzigartig, betont Tribelhorn. Auch seien hierzulande nur wenige Energieversorger so demokratisch aufgestellt – der Genossenschaftsanteilschein kostet 500 Franken, eine Aktie etwas weniger. Doch um Dividenden geht es ohnehin den wenigsten Anlegerinnen und Genossenschaftern. Wie schon bei der Gründung sind auch heute noch viele, die in der ADEV-Energiegenossenschaft investiert sind, aus ideellen Gründen dabei.

Ein Projekt aus dem ABS-Förderbereich



ERNEUERBARE ENERGIE

Foto: ADEV/Lukas Pitsch



Bis 2030 müssen alle Schweizer Wasserkraftwerke fischgängig werden – 2023 wurde die Anlage Juramill in Laufen entsprechend saniert und ging Anfang 2024 wieder in Betrieb.

«WIR UNTERSTÜTZEN UNSERE KUNDINNEN UND KUNDEN GERNE DABEI, IHRE SÄULE 3A ZUR ABS ZU ZÜGELN»

Für die Pensionierung vorsorgen, die Steuerbelastung senken und gleichzeitig soziale und ökologische Projekte in der Realwirtschaft unterstützen - das können Sie mit dem ABS-3-Vorsorgekonto. Wir haben Judith Schär, Kordinatorin Vorsorge und Erbschaften bei der ABS, ein paar Fragen zur dritten Säule und zum ABS 3-Vorsorgekonto gestellt.

Text: Larissa Jecker

Foto: fotofabrik.ch



Warum sollen Erwerbstätige ein Dritte-Säule-Konto bei der ABS einrichten?

Judith Schär Mit dem ABS 3-Vorsorgekonto haben unsere Kundinnen und Kunden einen dreifachen Nutzen: Erstens, sie sparen Steuern, da sie die jährlichen Einzahlungen vom steuerbaren Einkommen abziehen können. Zweitens sorgen sie fürs Alter vor oder sparen für ein Eigenheim. Und drittens können sie sicher sein, dass ihr Geld bis zum Bezug Projekte finanziert, die nach den ökologischen und sozialen Kriterien der ABS ausgewählt wurden. Ihr Vorsorgegeld wird so beispielsweise für den Bau von gemeinnützigem Wohnraum, den Ausbau erneuerbarer Energien oder die Bio-Landwirtschaft eingesetzt.

Ist es möglich, Vorsorgekapital von einer anderen Bank zur ABS zu transferieren?

Unter Berücksichtigung der jeweiligen Kündigungsfristen lassen sich 3a-Konten problemlos von einer Bank zur anderen verschieben. Wir unterstützen unsere Kundinnen und Kunden gerne dabei, ihre Säule 3a zur ABS zu zügeln. Beim Wechsel gilt es einzig zu beachten, dass man immer nur das komplette Konto-Guthaben eines 3a-Kontos kündigen oder wechseln kann.

Wie viel darf man jährlich auf ein 3a-Konto einzahlen, und wann ist der beste Zeitpunkt dafür?

Der Maximalbetrag wird jedes Jahr gesetzlich festgelegt. Im Jahr 2025 können Angestellte mit Pensionskasse maximal 7258 Franken in die Säule 3a einzahlen. Selbstständigerwerbende ohne Pensionskasse können bis zu 20 Prozent ihres Nettojahreseinkommens, aktuell jedoch maximal 36288 Franken einzahlen. Wann und wie eingezahlt wird - ob per monatlichen Dauerauftrag oder mit einer einmaligen Überweisung -, ist jeder Kundin und jedem Kunden selbst überlassen. Grundsätzlich gilt natürlich: Je früher man im Jahr einzahlt, desto mehr Zins erhält man.

Wer darf ein 3a-Vorsorgekonto eröffnen, und welche Gebühren fallen dabei an?

Das dürfen volljährige, in der Schweiz lebende Menschen, die ihr Steuerdomizil in der Schweiz haben. Sie müssen zudem über ein AHV-pflichtiges Erwerbs-einkommen verfügen. Das Erwerbseinkommen kann dabei aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit stammen. Die ABS erhebt für das 3a-Vorsorgekonto keine Kontogebühren.

Unter welchen Bedingungen darf man das 3a-Vorsorgekonto auflösen?

Die Auszahlung darf man verlangen beim Kauf oder bei der Renovation von selbst genutztem Wohn-eigentum, bei der Aufnahme einer selbständigen Geschäftstätigkeit, für Einzahlungen in die Pensionskas-se, beim Bezug einer ganzen eidgenössischen Invali-denrente oder beim definitiven Wohnsitzwechsel ins Ausland.

Um bei solchen Vorbezügen möglichst flexibel zu sein, empfehlen wir, im Lauf der Jahre mehrere 3a-Kon-ten mit verschieden grossen Beträgen einzurichten - auch bei derselben Bank.

Warum empfiehlst du, mehrere 3a-Konten einzurichten? Und wann ist eine Auszahlung in Etappen sinnvoll?

Mehrere 3a-Konten geben den Kundinnen und Kunden mehr finanzielle Flexibilität, vor allem kurz vor der ordentlichen Pensionierung. Gleichzeitig kann die Steuerprogression gebrochen werden. Ab dem Alter 60 können die Säule-3a-Gelder bezogen werden. Ein Teil-bezug für den Wohnbau ist ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Steht beispielsweise beim Eigenheim eine Heizungserneuerung an, kann ein 3a-Konto aufge-löst werden, um das Geld in die neue Heizung zu in-vestieren. Allfällige weitere 3a-Konten können aber be-stehen bleiben.

Eine Auszahlung in Etappen, die schon fünf Jahre vor dem Erreichen des Pensionsalters möglich ist, macht Sinn, da damit die Steuerbelastung auf mehrere Jahre verteilt werden kann. Der gestaffelte Bezug empfiehlt sich auch bei Ehepaaren, bei de-nen sich beide im gleichen Jahr pensionieren lassen - andernfalls wird das Vorsorgeguthaben zusammen-gezählt versteuert.

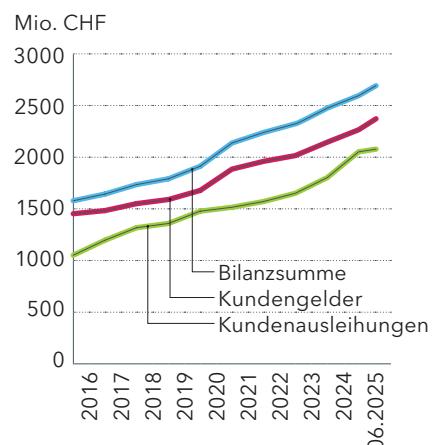
Mehr Informationen zur dritten Säule und zum ABS 3-Vorsorgekonto: abs.ch/abs-3-vorsorgekonto

HALBJAHRESERGEBNIS 2025 KONSOLIDIERUNG UND INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

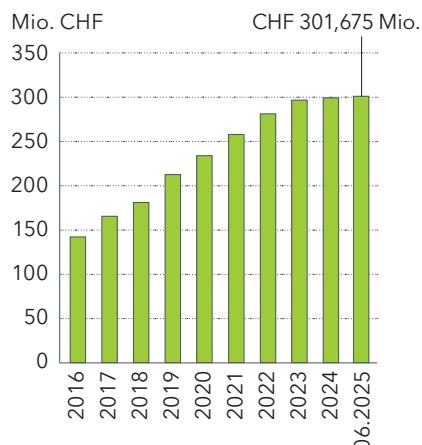
Sinkende Zinsen, ein kompetitives Marktumfeld und die mittelfristigen Entwicklungsziele prägen das Halbjahresergebnis der ABS. Der Bruttozinsinsertrag liegt im Budget, aber deutlich unter dem herausragenden Vorjahresergebnis. Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft übertrifft das Vorjahr. Die zukunftsorientierten Investitionen in Kompetenzen und Systeme wirken sich auf den Geschäftsaufwand und damit das Ergebnis aus.

Text: Julia Barriga

Bilanzsumme: + 3,5 %



Eigenmittel: + 0,6 %



Im ersten Halbjahr 2025 erwirtschaftete die Alternative Bank Schweiz einen Geschäftserfolg von 718 410 Franken. Die Veränderung im Zinsumfeld und die sukzessive Reduktion der Verzinsung von Guthaben durch die SNB sind Faktoren, die sich negativ auf den Bruttozinsinsertrag auswirken.

Der Bruttoerfolg aus dem Zinsgeschäft erreichte rund 14 Millionen Franken (30.6.2024: 15,5 Mio. Franken) und liegt damit im Budget. Deutlich spürbar sind die Auswirkungen des Zinsumfelds im Zins- und Dividenden-ertrag aus Finanzanlagen (0,6 Mio. Franken im Vergleich zu 1,6 Mio. Franken im Juni 2024). Aufgrund währungsbedingter Schwankungen fiel auch der Ertrag aus dem Handelsgeschäft und der Fair-Value-Option mit 567 281 Franken deutlich tiefer aus als Mitte 2024 (1,38 Mio. Franken). Wie in der mittelfristigen Entwicklung vorgesehen, stieg der Geschäftsaufwand an und betrug 18,22 Millionen Franken im ersten Halbjahr 2025, was gegenüber der Vorjahresperiode einer Zunahme von 17 Prozent entspricht. «Um mit unserem wertebasierten Banking noch mehr Menschen erreichen zu können, stärken wir zurzeit die Kompetenzen unserer Mitarbeitenden und investieren zusätzlich in digitale Systeme», kommentiert Nicole Bardet, Mitglied der Geschäftsleitung, die Entwicklung.

Gesunkener Zinsaufwand und stabiles Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft

Der Zinsaufwand fiel mit 3,0 Millionen Franken um 15 Prozent niedriger aus als in der Vorjahresperiode. Die ABS hat bewusst darauf verzichtet, weitere Potenziale durch eine raschere und stärkere Senkung der Guthabenzinsen zu realisieren. Die Erträge aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft nahmen gegenüber der Vorjahresperiode um 331 002 Franken oder 6 Prozent zu. «Dieses Geschäftsfeld entwickelt sich erfreulich und ist zu einem wichtigen Ertragspfeiler herangewachsen», sagt Valérie Anouk Clapasson, Präsidentin des Verwaltungsrats, zu diesem Ergebnis. Die Kundeneinlagen inklusive Kassenobligationen fielen gegenüber dem 31. Dezember 2024 um 4 Prozent höher aus und betrugen 2,376 Milliarden Franken. Die verwalteten Kundenvermögen (Assets under Management) erreichten 3,185 Milliarden Franken, was einer Zunahme von 2,6 Prozent entspricht.

Liquidität und Eigenmittel: Anforderungen mehr als erfüllt

Auch angestiegen sind im ersten Halbjahr 2025 die Liquidität, bestehend aus Flüssigen Mitteln, Forderungen gegenüber Banken und Finanzanlagen (plus 12,8 Prozent auf 568,5 Millionen Franken) sowie die Eigenmittel (plus 0,6 Prozent auf 301,7 Millionen Franken). Sowohl die Leverage Ratio als auch die Liquiditätsquote (LCR) liegen weiterhin über den Anforderungen des Kleinbankenregimes, dem die ABS unterliegt. «Um unsere mittelfristigen Wachstumsziele erreichen und möglichst viele Projekte innerhalb unserer Förderbereiche finanzieren zu können, begrüssen wir alle herzlich, die ABS-Aktionärin oder -Aktionär und ABS-Kundin oder -Kunde werden wollen», sagt Nicole Bardet.

Ausblick auf das zweite Halbjahr

Wir gehen davon aus, dass sich die Zinsentwicklung im zweiten Halbjahr weiter auf das Ergebnis auswirken wird – nicht zuletzt, weil die SNB ihre Guthabenverzinsung per 19. Juni 2025 von 0,25 auf 0 Prozent reduziert hat. Die Konsolidierung des Wachstums der letzten Jahre und Investitionen in die Zukunft werden aktiv vorangetrieben, was den Geschäftsaufwand entsprechend beeinflussen wird. Die ABS will ihre Community ausbauen. Sie strebt die Aufnahme weiterer Kundinnen und Kunden sowie Kapitalerhöhungen durch bestehende und neue Aktionärinnen und Aktionäre an. Darüber hinaus ist sie daran, per 2026 ein neues Digital Banking zu implementieren.

Die detaillierten Zahlen zum Halbjahresabschluss 2025 finden Sie unter: abs.ch/halbjahr2025

NEUES DUO AN DER SPITZE DER ABS UND VERÄNDERUNGEN IN DER GESCHÄFTSLEITUNG

Nach der Generalversammlung vom 23. Mai 2025 hat sich der Verwaltungsrat der ABS neu konstituiert und Valérie Anouk Clapasson als Präsidentin sowie Christoph Birkholz als Vizepräsidenten gewählt. Zur Erweiterung der Geschäftsleitung und für die Nachfolge von zwei austretenden Leitungspersonen hat die ABS drei ausgewiesene Führungskräfte mit hoher Werteorientierung gewinnen können. Text: Julia Barriga

Foto: Anni & Julian, anni-julian.ch



Das Präsidium des ABS-Verwaltungsrats:
Christoph Birkholz und Valérie Anouk Clapasson

Die neue VR-Präsidentin der ABS, Valérie Anouk Clapasson, und der Vizepräsident Christoph Birkholz sind seit 2020 Mitglieder des Verwaltungsrats und haben sich seit Längerem auf diese neuen Rollen vorbereitet. In der letzten moneta haben wir bereits über den Wechsel im Präsidium berichtet (siehe das Interview mit Anita Wymann und Valérie Anouk Clapasson in moneta 2-25).

Die Porträts des neuen Präsidiums finden Sie unter:
abs.ch/vr-portraits

Neue Gesichter in der Geschäftsleitung

Auch die ABS-Geschäftsleitung erfährt einige Veränderungen: Die bisherigen Mitglieder Etienne Bonvin und Rico Travella haben die Geschäftsleitung der ABS verlassen. Für ihre Nachfolge hat die ABS zwei erfahrene Führungskräfte, die die Werte der ABS teilen, gewinnen können. Zudem vergrössert die Bank ihre Geschäftsleitung von vier auf fünf Mitglieder und stellt sie fachlich breiter auf. Die Nachfolge von Etienne Bonvin als Verantwortliche des Bereichs Recht, Risiko und Finanzen übernimmt Julia Trzicky. Die Anwältin ist im März 2025 mit einem Interimsmandat zur ABS gestossen und wurde im August 2025 vom Verwaltungsrat in die Geschäftsleitung gewählt.

Am 1. November 2025 beginnt auch die Ökonomin und Anlagespezialistin Michaela Suter ihre Arbeit in der Geschäftsleitung der ABS. Sie wird zusammen mit Tanja Reuter (Mitglied der Geschäftsleitung seit 2019), die den Bereich Finanzieren verantwortet, den Bereich Kundschaft leiten - mit Fokus auf das Anlage- und Retailgeschäft sowie das Asset Management. Damit ist der Bereich Anlegen wieder in der Geschäftsleitung vertreten, was seit März 2022 nicht mehr der Fall war.

Die Rekrutierung der Nachfolge von Rico Travella als Verantwortlicher für den Bereich Services ist weit fortgeschritten. Wer es sein wird, konnte bei Redaktionsschluss dieser moneta (1.9.2025) noch nicht bekannt gegeben werden. Die ABS wird das neue Mitglied der Geschäftsleitung auf der Website vorstellen.

Damit setzt sich die Geschäftsleitung der ABS per 1. November 2025 wie folgt zusammen: Tanja Reuter und Michaela Suter (Co-Leitung Kundschaft), Nicole Bardet (ABS 3.0 und ABS+ ad interim), Julia Trzicky (Recht, Risiko und Finanzen) sowie eine neue Person für den Bereich Services.

Der Verwaltungsrat dankt Etienne Bonvin und Rico Travella herzlich für die geleistete Arbeit und ihren grossartigen Einsatz für die Bank und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft.

Zu den Veränderungen in der Geschäftsleitung sagt Valérie Anouk Clapasson, Präsidentin des Verwaltungsrats: «Unsere Bank ist in den letzten Jahren stark gewachsen, und die regulatorischen Anforderungen sind gestiegen. Mit der Vergrösserung und fachlichen Stärkung der Geschäftsleitung ist die Bank für die Zukunft gut aufgestellt. Die neuen Mitglieder der Geschäftsleitung sind alles erfahrene und kompetente Führungskräfte, die die Mission der Bank teilen und die ABS weiterbringen werden. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihnen.»

HERZLICH WILLKOMMEN JULIA TRZICKY UND MICHAELA SUTER

JULIA TRZICKY



Foto: fotifabrik.ch

«Die ABS vereint zwei Welten, die ich in mir drin habe», sagt Julia Trzicky. Die Juristin und Finanzexpertin ist seit März 2025 Mitglied der Geschäftsleitung der ABS und verantwortet den Bereich Recht, Risiko und Finanzen (zuerst in einem Interimsmandat und seit 26. August 2025 als definitive Nachfolgerin von Etienne Bonvin). Zwei Welten:

Da ist zum einen das Banking und zum anderen das wertebasierte Arbeiten, bei dem Menschlichkeit und Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen. «Dieser Mix hat mich sehr überzeugt», beschreibt Julia Trzicky ihre Motivation, sich bei der ABS zu bewerben. Die ausgebildete Anwältin verfügt über einen Executive MBA und bringt viel Know-how aus dem Finanzsektor mit. Sie arbeitete über 15 Jahre lang in verschiedenen Fach- und Führungspositionen bei Grossbanken und hat Erfahrung in den Bereichen Vermögensverwaltung, Recht & Compliance, Risk Management sowie im Aufbau von neuen Teams und Strukturen. Zuletzt hatte sie eine anspruchsvolle Führungsfunction bei der UBS inne. Diese Erfahrung habe sie geprägt, denn: «Damals merkte ich, dass ich wirklich Führungsverantwortung auf einer höheren Stufe übernehmen möchte, aber im richtigen Umfeld.» Weil dieses für sie nicht mehr stimmte, verliess sie vor drei Jahren den Finanzsektor und arbeitete als Geschäftsführerin einer gemeinnützigen Stiftung. Julia Trzicky lebt seit einigen Jahren mit ihrem Mann im Kanton Neuenburg.

MICHAELA SUTER



Foto: zvg

Die Ökonomin und erfahrene Bankerin Michaela Suter startet im November 2025 als neues Mitglied der Geschäftsleitung und Co-Leitung des Bereichs Kundschaft mit Fokus Anlegen. Michaela Suter hat an der Universität St. Gallen Economics and Finance studiert und einen Master of Advanced Studies in Secondary and Higher Education der Universität Zürich erworben. Darüber hinaus verfügt

sie mit dem Chartered Financial Analyst eine internationale anerkannte Qualifikation im Bereich Finanzanalyse. Die 48-jährige Mutter von zwei Töchtern bringt über 20 Jahre Erfahrung im Bankwesen mit. Sie arbeitete unter anderem bei der LGT Capital Management, der Credit Suisse Funds AG und der Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG und war dort jeweils schwerpunktmaßig in den Bereichen Asset Management, Produktmanagement und Kundenservices tätig. Zuletzt war Michaela Suter neun Jahre bei der Vontobel Asset Management AG engagiert. Dort war sie verantwortlich für das Aufsetzen und die Betreuung von Anlagelösungen für institutionelle Kundinnen und Kunden. Ab 2022 vertrat sie zudem als Mitglied der Geschäftsleitung den Bereich Global Products and Services. Zur Stellenausschreibung der ABS sagt sie: «Die soziokratische Organisation der ABS ist mir sofort aufgefallen und hat mein Interesse geweckt.» Michaela Suter hat bereits bei einem vorherigen Arbeitgeber ein Team nach den Prinzipien der Soziokratie umgebaut und dabei gute Erfahrungen gemacht. Schliesslich hat die Nachhaltigkeit der Bank sie überzeugt, bei der ABS mitwirken zu wollen: «Ich habe mich in den Werten der Bank sofort wiedergefunden und gedacht: Diese Art des Bankings muss Standard werden.»

DANKE UND AUF WIEDERSEHEN RICO TRAVELLA

Rico Travella, seit dem 1. Juli 2022 Mitglied der ABS-Geschäftsleitung, trat am 1. September 2025 seine neue Stelle als Direktor der Hochschule für Wirtschaft an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) an. Rico Travella kam im Juni 2020 als Leiter Marketing und Kommunikation zur ABS und wurde zwei Jahre später Mitglied der Geschäftsleitung. Er verantwortete den Bereich Services, der unter anderem die Kreise Nachhaltigkeit, Marketing und Kommunikation, Personalwesen und IT umfasste. Vor seinem Wechsel zur FHNW haben wir mit Rico Travella ein Interview geführt. Hier ein Auszug daraus:



Foto: Anni & Julian, anni-julian.ch

Rico Travella, was nimmst du von deiner ABS-Zeit mit?

Rico Travella Ich nehme von meiner Zeit bei der ABS viel Dankbarkeit mit: Ich bin dankbar, dass ich in den letzten Jahren mit so vielen faszinierenden und begeisterten Menschen zusammenarbeiten durfte; dass ich mitprägen durfte, wie die ABS wahrgenommen wird, wie sie organisiert ist und wie sie wirkt; dass ich jeden Tag für einen Sinn tätig sein durfte, hinter dem ich voll stehen kann.

Was waren deine persönlichen Highlights in den fünf Jahren bei der ABS?

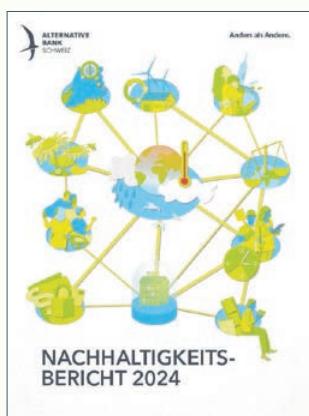
RT Ich habe die Zeit bei der ABS insgesamt in sehr guter Erinnerung. Das grösste Highlight war das tägliche Wirken für einen Sinn, hinter dem ich voll stehen kann – und das mit Menschen, welche die gleiche Motivation für den gemeinsamen Zweck haben. Es braucht ein Banking, das sich am Gemeinwohl orientiert und die sozial-ökologische Entwicklung ins Zentrum stellt. Das Highlight meiner ersten zwei ABS-Jahre war für mich das Verständnis und die Unterstützung unserer Stakeholder, als wir zur Stärkung des Geschäftsmodells auf allen Konten Negativzinsen einführen mussten. Zum Glück war das nur für einen begrenzten Zeitraum nötig. Ich bin sehr dankbar, dass uns sehr viele Kundinnen und Kunden und Aktionärinnen und Aktionäre treu geblieben sind und das Geschäftsmodell mitgetragen haben. Ein persönliches Highlight war das Vertrauen, das mir der Verwaltungsrat und meine Kolleginnen und Kollegen entgegengebracht haben: Ich durfte, notabene als Quereinsteiger und «Neu»-Banker, zu einem Zeitpunkt in der Geschäftsleitung mitwirken, zu dem vieles im Wandel war. Ich durfte Miterantwortung für ein Organisations- und Führungsmodell übernehmen, das den Menschen ins Zentrum stellt.

Was möchtest du deinen Kolleginnen und Kollegen und allen Menschen, die mit der ABS verbunden sind, zum Abschied mit auf den Weg geben?

RT Bleibt dem Sinn der ABS treu! Dass das Geschäftsmodell funktioniert, habt ihr schon bewiesen. Geht den eingeschlagenen Weg weiter, auch wenn es manchmal etwas steil den Berg hinauf geht, unvorhergesehene Wendungen nötig sind und es viel Energie braucht. Die ABS hat noch sehr viel Potenzial. Sozial-ökologisches Banking kann deutlich mehr Menschen erreichen, ist skalierbar (auch wirtschaftlich) und im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft und Wirtschaft. Die laufende Entwicklung von Kompetenzen, das gezielte Dazunehmen von zusätzlichen Mitarbeitenden sowie die Professionalisierung von Systemen und Prozessen werden es ermöglichen, dieses Potenzial zu realisieren. Viel Erfolg und Freude dabei. Ich bleibe euch verbunden, nicht nur als Aktionär und Kunde.

Das ausführliche Interview mit Rico Travella können Sie lesen unter: abs.ch/rico-travella
Einen Rückblick auf die langjährige Tätigkeit von Etienne Bonvin bei der ABS publizieren wir zu einem späteren Zeitpunkt.

NACHHALTIGKEITSBERICHT 2024



Der Nachhaltigkeitsbericht der ABS dokumentiert unsere Fortschritte im Jahr 2024 – vor allem bei der Konsolidierung des gewählten methodischen Ansatzes zur Messung der Klimawirkung. Er enthält auch wieder einen lastbaren Mehrjahresvergleich, nachdem dies im Vorjahresbericht wegen umfangreicher methodischer Anpassungen nicht möglich war. Zudem gibt der Bericht Einblick in erste Elemente eines Transitionssplans, mit dem die ABS den Weg zu wissenschaftsbasierten Klimazielen beschreiten

möchte. Dabei blicken wir auch zurück auf die Entwicklung unserer Klimazielle in den vergangenen vier Jahren und erläutern Gründe für Veränderungen bei diesem Thema.

Der Bericht folgt zum zweiten Mal dem internationalen Standard der Global Reporting Initiative (GRI). Auf dieser Basis legt die ABS systematisch Rechenschaft über die elf für sie wesentlichen

Nachhaltigkeitsthemen ab. Möchten Sie gezielt wissen, was die ABS zum Beispiel für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Biodiversitätsschutz oder bessere Arbeitsbedingungen tut, hilft Ihnen der GRI-Bericht, genau die Informationen zu finden, die Sie interessieren. Die klare Struktur macht den Bericht nicht nur transparent, sondern auch zu einem fundierten Nachschlagewerk für Kundinnen und Kunden, Aktionärinnen und Aktionäre und die interessierte Fachöffentlichkeit.

Der Nachhaltigkeitsbericht 2024 erscheint im Oktober 2025 unter: abs.ch/naha24

WICHTIGER HINWEIS ZU MONETA-BEILAGEN UND -INSERATEN

Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

35 JAHRE ABS – EIN GV-TAG VOLLER BEGEGNUNGEN UND PERSPEKTIVEN

Am 23. Mai 2025 feierte die Alternative Bank Schweiz ihr 35-jähriges Bestehen mit einer Generalversammlung der besonderen Art. Rund 600 Menschen kamen im Volkshaus Zürich zusammen: Aktionärinnen und Aktionäre sowie langjährige Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter. Nach dem statutarischen Teil der GV am Vormittag, der von einem humorvoll-pointierten Instant-Protokoll von der Satirikerin Patti Basler und dem Musiker Philippe Kuhn abgeschlossen wurde, folgte ein vielfältiger Nachmittag: Ein Podium mit aktuellen und ehemaligen Verwaltungsrätinnen und -räten spannte den Bogen von den Gründungsjahren bis in die Zukunft. Zudem sprachen drei Kreditkundinnen mit Moderator Johan Rochel von Ethix über ihre Projekte und die Rolle der ABS. Parallel zum Bühnenprogramm öffnete sich das Volkshaus für Austausch und Vernetzung: Marktstände von Kreditkundinnen und -kunden, interaktive World-Cafés und eine Zukunftswerkstatt des Ökozentrums boten Raum für Ideen, Fragen und Diskussionen. Ob Suffizienz, Arbeitskultur oder Nachhaltigkeit im Alltag – das Interesse war gross und die Stimmung lebendig. Auch

gab es eine Ausstellung zu 35 Jahren ABS – mit Einblicken in die Geschichte sowie Glücks- und Zukunftswünschen aus der Community. Zum Abschluss wurde gefeiert: mit einer Gesangseinlage von Larissa Bretscher, einem in drei Landessprachen gesungenen «Happy Birthday» und einer grossen Torte.



Eindrücke der Jubiläums-GV unter: abs.ch/35jahre

Foto: Anni & Julian, anni-julian.ch

GEMEINSAM FÜR MEHR NATUR IN UNSEREN LEBENSRÄUMEN

Die ABS ist Teil einer neuen schweizweiten Initiative, die mehr Biodiversität in Siedlungsgebieten fördert. Das Projekt «Aufleben - mit mehr Natur» setzt auf konkrete lokale Beiträge von Privatpersonen, Organisationen und Unternehmen.

Ende Juni 2025 ist das Gemeinschaftsprojekt «Aufleben - mit mehr Natur» von einer breiten Allianz mit über 70 Partnerorganisationen lanciert worden - darunter auch die ABS. Ziel ist es, der schwindenden Biodiversität mit vielen kleinen wirksamen Beiträgen im Alltag entgegenzuwirken: mit einheimischen Pflanzen auf Balkonen, entsiegelten Flächen, Nistplätzen oder naturnah gestalteten Gärten und Firmenarealen.

Getragen wird das Projekt vom Verein «Biodiversität. Jetzt!», gegründet von BirdLife Schweiz und der Stiftung Pusch - Praktischer Umweltschutz. Die Plattform aufleben-natur.ch bietet inspirierende Beispiele, Umsetzungstipps und ein digitales Tool, das zeigt, wie selbst kleine Flächen zu Trittsteinen für die Natur werden können.

Die ABS unterstützt das Projekt als Partnerin, weil es das Bewusstsein für den verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Raum fördert, Wissen vermittelt und zum konkreten Handeln einlädt.

Mehr Informationen und Mitmachmöglichkeiten: aufleben-natur.ch



VORANKÜNDIGUNG GENERALVERSAMMLUNG DER ABS

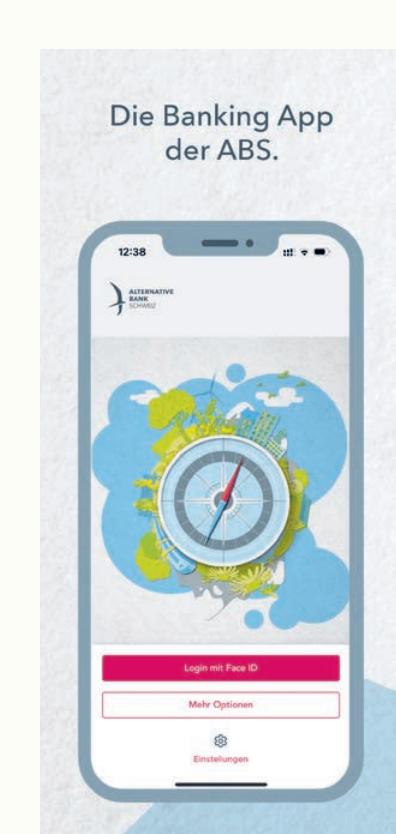
**Samstag, 30. Mai 2026,
in der AHA (Aeschbachhalle) in Aarau**

Am 30. Mai 2026 findet die 35. Ordentliche Generalversammlung (GV) der Alternative Bank Schweiz AG statt.

Die persönliche Einladung mit der detaillierten Tagesordnung wird spätestens drei Wochen vor der Versammlung verschickt.

Anträge von Aktionärinnen und Aktionären sind dem Verwaltungsrat bis spätestens 26. März 2026 (Poststempel) schriftlich einzureichen. In die Traktanden werden ausschliesslich Anträge aufgenommen, für die die Generalversammlung gemäss Artikel 7 der ABS-Statuten zuständig ist.

Senden Sie Ihre Fragen zur Generalversammlung per E-Mail an gv-ag@abs.ch oder per Post an:
Alternative Bank Schweiz AG, Postfach, 4601 Olten.



VORANKÜNDIGUNG NEUES DIGITAL BANKING 2026

Die Alternative Bank Schweiz (ABS) stellt Anfang 2026 auf ein neues E-Banking-System um. Dieses kommt in einem frischen Design daher und bietet zusätzliche Möglichkeiten, Produkte und Angebote der ABS auf digitalem Weg zu erwerben.

Bestehende ABS-Kundinnen und -Kunden mit einem E-Banking-Vertrag werden frühzeitig über das weitere Vorgehen informiert.

Ich trage Verantwortung.



Daniel Gassmann
Hauseigentümer

**Fürs Klima.
Für die Gesellschaft.
Für mich.**

Am 28. September 2025
NEIN zur Abschaffung
des Eigenmietwerts.

casafair
Eigenamt
mit Verantwortung

مَنْدُوبُ اللَّيل
M A N D O O B
Night Courier

ALI KALTHAMI • SAUDI-ARABIEN

«So vielschichtig und lebendig haben Sie Riad auf der Leinwand vermutlich noch nie gesehen.»
THE GUARDIAN

Premiere im Streaming auf **filmingo**



App Store Google Play blue TV filmingo.ch

Gute Filme gibt's auch als DVD auf www.trigon-film.org

ALTERNATIVE BANK SCHWEIZ



ABS-Aktien ermöglichen Sinnvolles.

Dank Ihrer Investition in ABS-Aktien stärken Sie das Fundament der Bank und schaffen eine wichtige Grundlage, damit die ABS soziale und ökologische Projekte finanzieren kann.

abs.ch/aktien

Bei diesem Inserat handelt es sich um Werbung. Es stellt keine Kaufofferte dar und dient lediglich der Information.

Wenn Nadeln dir zur Entspannung verhelfen.

Komplementärmedizin ist Teil unserer DNA.

Jetzt Beratung anfordern



Darlehen zu fairen Bedingungen gesucht

Die Genossenschaft WAK vermietet günstige Wohn-, Arbeits- und Kulturräume und belebt den Elgger Dorfkern mit Büchers- und Kleidertauschräumen, Konzerten, Ausstellungen und dem Elgger Jahrbuch. Neu können auch Kunstwerke gemietet werden. Um weitere Liegenschaften zu erwerben und unsere Engagements fortzuführen, suchen wir Menschen, die Anteilscheine zeichnen oder uns Darlehen zu fairen Bedingungen gewähren.

Infos unter:
info@wak-elgg.ch
052 364 02 34, wak-elgg.ch

WAK



Kientalerhof

Geistiges Heilen – vierteiliger Lehrgang

Einführungstag: 26. Okt. 25
Erster Teil: 21.-23. Nov. 25 (als Einführung mögl.)

www.kientalerhof.ch/geistiges-heilen

Medialität: Seminar zur Vertiefung der Sensitivität

30. Okt. - 2. Nov. 25

Für diesen & weitere Kurse siehe:
www.kientalerhof.ch/kalender



0 Prozent
in Kohle
Prozent
in Rüstung

Eine Altersvorsorge auf Basis nachhaltiger Anlagen, ganz ohne Sorgen.

Gerne rechnen wir Ihnen eine Offerte:
T 044 444 57 57



Mehr Informationen
www.nest-info.ch



«Ich merkte, dass nicht mehr alles stimmte»

Lange Trockenheit und extreme Niederschläge führten bei Konrad Langhart zu einem Gesinnungswandel. Der ehemalige SVP-Politiker und Bauer stellte von konventioneller Landwirtschaft auf Bio und Demeter um. Die Partei wechselte er auch. Interview: Esther Banz

moneta: Der Klimawandel verändert die Niederschläge und macht sie unberechenbarer. Wie erleben Sie als Bauer die Veränderungen?

Konrad Langhart Als ich vor Jahrzehnten den elterlichen Betrieb übernahm, waren wir überhaupt nicht eingerichtet für Bewässerung, es war auch nicht nötig. Jetzt, im Jahr 2025, geht es bei manchen Kulturen nicht mehr ohne.

Welche Pflanzen leiden besonders unter Trockenheit?

Zum Beispiel Kartoffeln. Das Zürcher Weinland, wo sich unser Betrieb befindet, ist eine eher trockene Gegend. Die jährlichen Niederschläge sind insgesamt wohl nicht weniger geworden, aber sie sind sehr ungünstig verteilt. Das ist eine der grossen Veränderungen, mit denen wir umgehen müssen.

Wie lief es dieses Jahr?

Das Wetter war lange gut. Dann kam die erste trocken-heisse Phase. Wenn wir da die Kartoffeln nicht hätten bewässern können, wären sie früh abgestorben. Wir können das Wasser dem Grundwasser entnehmen.

Sind die Wasserentnahmen reguliert?

Ja, streng sogar. Wir sind in einem Bewässerungsverein organisiert, der vom Kanton konzessioniert ist. Wie viel wir wann entnehmen dürfen, ist definiert. Inzwischen muss das Wasser, das wir pumpen dürfen, auf immer mehr Betriebe verteilt werden. Als das verfügbare Wasser in der Vergangenheit einmal sehr knapp wurde, gab es heftige Diskussionen, beinahe schon einen Verteilkampf. In den letzten Jahren ist die Verteilung einigermassen aufgegangen. Es braucht aber noch andere Massnahmen, um auf künftige Trockenzeiten vorbereitet zu sein.

Wie sorgen Sie auf Ihrem Hof vor?

Etwa, indem wir das Wasserspeichervermögen unserer Böden verbessern und konsequent Sorten anbauen, die mit weniger Wasser auskommen. Wir versuchen an jedem möglichen Schräubchen zu drehen, aber es gibt natürlich Grenzen. So sind trockenheitsrobuste Sorten beispielsweise nicht von heute auf morgen gezüchtet.

Sie stellten von konventioneller auf biologische Landwirtschaft und danach auf Demeter um ...

Ja, 2017 hatten wir einen immens starken Hagelsturm, eine sogenannte Superzelle, die bei uns alles zusammenschlug, auch die Reben. Ich dachte: «Das ist nicht mehr normal.»

Die Zerstörung führte zur Zäsur?

Mit der Umstellung auf Bio hatten wir bereits vorher angefangen. Aber 2017 verstärkte mein Umdenken. Nicht «nur» wegen des Wassers, sondern überhaupt wegen der Klimaveränderung. Und der ganze Kreislaufgedanke überzeugte mich, auch die regenerative Landwirtschaft, die das Wasserrückhaltevermögen der Böden verbessert. Ich hatte in der Landwirtschaftsschule ja etwas gelernt – mit der Zeit merkte ich, dass vielleicht nicht mehr alles davon stimmte.

Sehen Sie seit der Umstellung Veränderungen bei Ihren Böden und Pflanzen?

Im Zusammenhang mit dem Wasser scheint mir schon, dass die Kulturen bereits mehr aushalten können, wohl weil die Böden resilenter geworden sind. Klar, es kann noch besser werden, die Regeneration dauert seine Zeit. Vielleicht machen wir jetzt vor allem Vorarbeit für die nächste Generation.

Die sich auf noch mehr Unberechenbarkeit einstellen muss.

Das ist so. Als Bauer weiss man: Jedes Jahr ist anders. Aber wenn es immer extremer wird, stossen wir an Grenzen. In Regionen von Frankreich, Italien, Spanien hat es inzwischen zeitweise so wenig Wasser, dass die Kulturen nicht einmal mehr wachsen.

Sie waren langjähriges SVP-Mitglied, kurz sogar Zürcher Kantonalpräsident, und wechselten dann zur Mitte-Partei. Ging die bäuerliche Umstellung Hand in Hand mit einem politischen Gesinnungswandel?

(Lacht) Es ist kein Geheimnis, dass ich früher eher konservativ unterwegs war. Ich habe eine Entwicklung durchgemacht, wenn man dem so sagen will. Im kam zur Einsicht, dass gewisse Sachen nicht mehr so sind wie früher und man also nicht alles gleich machen kann wie einst.

Braucht so ein Seitenwechsel Mut?

Man muss einen gewissen Gegenwind aushalten können. Natürlich steht unser Betrieb unter Beobachtung. Wenn etwas nicht so gut läuft, fühlen sich die Beobachter bestätigt. Es gibt aber auch konventionelle Bauern, die sich sehr für unsere Arbeit interessieren.

Konrad Langhart, 62, wuchs in einer Bauernfamilie im Zürcher Weinland auf. Er studierte an der Hochschule in Zollikofen Landwirtschaft und übernahm 2016 den elterlichen Hof. Im gleichen Jahr wurde er Präsident der SVP Kanton Zürich. 2019 gab er das Amt ab und trat aus der Partei aus, blieb aber im Kantonsrat. Dieses Jahr zog er sich aus der aktiven Politik zurück. Auf seinem Hof Trottengarten betreibt er zusammen mit seiner Frau und mit Angestellten Acker- und Weinbau. Sie halten zudem Mutterkühe und Schafe.

Foto: zvg

